Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 5 (1979)

Heft: 1

Buchbesprechung: Buchbesprechungen = Bibliographie critique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 24.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz.Z.Soziol./Rev.suisse Sociol., 5 (1979) 119-147

BUCHBESPRECHUNGEN
BIBLIOGRAPHIE CRITIQUE

Marktkommunikation und Konsumentenverhalten – Peter A. Abplanalp

Reihe Social Strategies, Monographien zur Soziologie und Gesellschaftspolitik
Vol. 7, Paul Trappe, Basel, 1978, 252 S.
Robert Hettlage, Basel

Im idealen Marktsystem gilt der rational handelnde Konsument als der Souverän. Ob und inwieweit er das dazu erforderliche Kommunikationssystem zur Hand hat, wurde bisher zu wenig diskutiert. Abplanalp geht diesem Zusammenhang nach. Sein Ziel ist es, die im Kaufentscheid ablaufenden Informationsvorgänge und die Bedingungen ihrer Wirksamkeit zu analysieren. Dazu gliedert er seine Studie folgendermassen : im *normativen Teil* führt er die Elemente einer "idealem", d.h. bedürfnisorientierten, demokratischen und emanzipatorischen Marktkommunikation vor, im *empirischen Teil* (S. 46-161) prüft er anhand einer Sekundäranalyse die bisherigen Forschungen zum Kommunikationsangebot und zum Rezeptionsverhalten der Konsumenten und zeigt schliesslich im *pragmatischen Teil* (S. 162-174) auf, wie unzulänglich die bisherigen Versuche einer Konsumentenpolitik sind.

1. Sehr zu Recht betont der Autor den normativen Gehalt von "Konsumentensouveränität", nämlich die Vorstellung, dass das Individuum seine Bedürfnisse in reflektierter Weise und folgewirksam mitteilen könne (Kenntnis der Bedürfnisse, vorhandene Kommunikationskanäle), also die künftige Produktion bestimmen könne und solle (Manipulationsfreiheit). Nun sind die Bedürfnisse des Menschen nicht fix, sondern in weitem Mass sozial geformt, u.a. durch die Kommunikationsbedingungen selbst. Der Prozesscharakter der Bedürfnisformierung zeigt sich auf der Ebene der Wahrnehmung (Sozialisation, Referenzgruppe), der Reflexion, Artikulation und Durchsetzung. Schon aus dieser Differenzierung wird ersichtlich, dass ein an der Konsumentensouveränität orientiertes Marktkommunikationssystem in eine Sozialstruktur eingebettet sein müsste, die einem solchen Vorhaben möglichst wenig Hindernisse in den Weg legt. Als Ideal hätte zu gelten, dass die Bedürfniswahrnehmung durch vielfältige Kommunikationskanäle, die Bedürfnisartikulation durch Kritikmöglichkeiten am Warenangebot und die Bedürfnisdurchsetzung durch Institutionalisierung von Informationen erleichtert würden, die der Monopolisierung der Kommunikation entgegen wirkten. (S. 35) Hingegen ist das Eintreten eines solchen Idealmodells sehr unwahrscheinlich, weil u.a. der Konsument kein durchwegs rationaler Entscheider ist. Weder kann er jemals vollständige Information besitzen noch diese verarbeiten (was wohl maximale, aber nicht mehr oder weniger befriedigende Lösungen ausschliesst). Inwieweit aber ein auch nur beschränkt rational handelnder Konsument "frei" am Markt entscheiden kann, hängt wesentlich von den realen Bedingungen der Marktkommunikation ab. Diesen wendet sich A. im empirischen Teil zu.

2. Hier führt der Autor in sehr systematischer Weise die wichtigsten empirischen Teiluntersuchungen zur Marktommunikation vor. Dadurch erhält der Leser

© 1979 Schweiz. Ges. f. Soziologie / Soc. suisse de sociologie

nicht nur einen wertvollen Überblick über diesen Teil der Konsumsoziologie, es wird ihm auch überzeugend nahe gebracht, dass Kritiker wie Befürworter des Marktsystems in diesem Punkt meist zu kurz greifen.

Als erstes überprüft A. die "*anbietergebundene*" *Kommunikation*, worunter die *Werbung* eine hervorragende Stelle einnimmt. Ihren Kritikern gibt er insofern Recht, als offensichtlich der Informationsgehalt ("Produktinformation") der Werbung insgesamt gering einzuschätzen ist (S. 70). Er hält ihnen aber entgegen, dass die Wirkungseffizienz der Werbung ebenfalls beschränkt ist, also die Annahme "einer leicht zu erzielenden Beeinflussung von Einstellungen oder Verhalten als unhaltbar zurückgewiesen werden muss" (S. 67). Deswegen lässt sich der Autor auch nicht zu einer undifferenzierten Stützung der Manipulationsthese hinreissen, wozu auch die bisherigen, unbefriedigenden Studien nicht ausreichen würden. Immerhin hält er es aber für gerechtfertigt, dem normativen Anspruch des Marktes gemäss, dieses Instrument "solange kritisch zu betrachten, bis dessen Harmlosigkeit erwiesen ist." (S. 71). Eine solch Kritik hebt sich wohltuend ab von so vielen "terribles simplifications", die in diesem Bereich den Ton angeben.

Nicht zu leugnen ist weiterhin, dass die Werbung rein quantitativ anderen Formen der Marktkommunikation überlegen ist. Ein Beispiel dafür ist die "*konsumentengebundene*" Information der Konsumentenorganisationen. Konsumentenzeitschriften etwa, so führt der Autor aus, erreichen in der Schweiz nur rund 1% der Bevölkerung und auch die "effizienteren" Warentestinformationen sind aus verschiedenen Gründen nur beschränkt wirksam (Kosten, Attraktivität, Produktauswahl etc). Daraus ergibt sich, dass diese Art von Information "in ihrer gegenwärtigen Form den Konsumenten, der ihrer am dringendsten bedürfte, entweder nicht erreicht oder von ihm häufig nicht werden kann" (S. 77).

Noch schlechter steht es mit der *publizistischen* Marktkommunikation. Untersuchungen haben hinreichend verdeutlicht, dass Konsumentenfragen in Tageszeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen einen geringen Raum einnehmen, und ihr Beitrag zur kritischen Verbraucheraufklärung gering einzuschätzen ist. Hier dürften nach A. wesentliche Verbesserungsmöglichkeiten einer künftigen Konsumentenpolitik liegen. Häufiger und wirksamer als die formale Kommunikation ist die *informelle*. Meist wird aber die Rolle bestimmter Schlüsselfiguren überbetont, die – je nach Produktart – dem Kommunikationsangebot stärker ausgesetzt sind, als Filter wirken, aber zugleich die übrigen Konsumenten vor dem Zugriff der Medien schützen. Auch hier warnt A. vor Simplifizierungen, da der gesamte Transaktionsprozess u.a. von der Glaubwürdigkeit des Kommunikators, der Flexibilität der Information und der Selektivität der Informationsaufnahme abhängt. Den "opinion leaders" stehen überdies nicht nur Meinungssucher, sondern auch "Meinungsmeider" gegenüber. Daraus wird ersichtlich, dass das übliche Sender-Empfängermodell eine problematische Verkürzung ist. Empirische Untersuchungen zu einem komplexeren "Verhandlungsmodell" der Information stehen aber noch weitgehend aus.

A. zeigt dem Leser sehr gut auf, dass auch das *Rezeptionsverhalten* im Marktkommunikationsprozess ähnlich differenziert betrachtet werden muss. Anbietergebundene Kommunikationen stellen lediglich eine erste Stufe der Beeinflussung dar. Ob es zu einer Kaufentscheidung kommt, hängt auch von der institutionellen und sozialen Umwelt (Zeitbudget, Normstruktur, Finanzlage, Kultureinflüsse etc) sowie von Persönlichkeitsmerkmalen ab. Abplanalp kritisiert hierbei die vorherrschenden entscheidungszentrierten Erklärungsmodelle wegen ihrer kurzfristigen und individualistischen Perspektive. Kaufentscheidungen könnten nur adäquat erfasst werden, wenn zwischen echtem Problemlösungsverhalten, Gewohnheitsentscheiden und Spontankäufen unterschieden werden. Zudem müssten neben den Strategien der Risikoreduktion (information handling) auch alle Strategien zur Verringerung kogni-

tiver Dissonanz berücksichtigt werden. Überdies sind dem Rationalitätspostulat erschreckend enge Grenzen der Aufnahme- und Verarbeitungskapazität gezogen (Simon). Ein über ein bestimmtes Mass hinaus vergrösserter Informationsinput hat kontraproduktive Folgen (overload effect). Für ein realistisches Kommunikationsmodell wären diese Aspekte zusätzlich noch nach ihrem sozialen und situativen Kontext wie Schichtzugehörigkeit, Alter, Zeit- und Informationskosten u.a.m. zu differenzieren. Hier bleibe noch viel zu tun. Bisher vorliegende Forschungen bestätigten aber, dass Unterschicht-Konsumenten das Kommunkationsangebot weniger aktiv nutzen als die Mittel- und Oberschicht (Konzentration der Informationsmacht), dass unter Zeitdruck negativen Informationen mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird als den positiven und dass Konsumentscheidungen ganz generell aufgrund minimaler Informationen gefällt werden (Informationskosten!). All das zeigt, wo Ansätze für eine Konsumentenpolitik liegen könnten.

3. Allerdings trägt die traditionelle Bemühung der Konsumentenorganisationen und der Publizistik dem Stand der Forschung im allgemeinen wenig Rechnung. Vor allem – so zeigt der Autor – sind sie von einigen gravierenden kommunikationstheoretischen Fehlurteilen geleitet :

– der Annahme eines *rational* entscheidenden homo oeconomicus, der nur nach Abschätzung der günstigsten Preis-Qualitätsrelationen seinen Kaufentscheid fällt;

– der Annahme *einheitlichen* Kommunikationsverhaltens, so dass unterschiedliche Konsumentengruppen, insbesondere die Benachteiligten wie Kinder, Ältere und Unterschichtsangehörige tendentiell vernachlässigt werden;

– die Annahme, dass die Hebung der Informations*quantität* an sich zu besserer Information führe;

– die Missachtung der *Komplexität* des Informationsprozesses;

– die Beschränkung auf *entscheidungsrelevante* Informationen unten Missachtung gesellschaftspolitischer und positionsrelevanter Informationen;

– die Beschränkung auf die Kritik *anbietergebundener* Kommunikation unter Missachtung des gesamten "information environment".

Künftige Verbesserungsmöglichkeiten sieht Abplanalp auf der institutionellen Ebene durch staatliche Kontrollstellen, Gesetzesregelung, Institutionen der Selbstkontrolle und Konsumentenorganisationen, im Ausbau publizistischer Marktkommunikation und vielfältiger Kanäle der Bedürfnisartikulation, sowie schliesslich in der intensiveren Konsumentenerziehung nach Art der "consumerism"-Bewegung in den USA.

4. Abplanalp hat eine wichtige Lücke in der marktwirtschaftlichen Ordnungssystematik aufgedeckt, lässt sich aber dabei nicht auf die gängigen "kritischen" Klischees ein. Vor allem die These von der unentrinnbaren Konsumentenmanipulation kann nach dieser Studie nicht mehr überzeugend vertreten werden. A. erschliesst einen wichtigen Teilbereich der Wirtschaftssoziologie, allerdings erzwingt die Vielfalt der Aspekte eine genaue Durcharbeitung seines Buches. Diese wird dadurch sehr erleichtert, dass die Gedankenführung äusserst klar und die Sprache, was in der heutigen soziologischen Fachliteratur keineswegs mehr selbstverständlich ist, "kommunikativ" ist. Sie macht seinem Thema alle Ehre.

Leider wird das Bild dadurch etwas getrübt, dass Abplanalp seine Analyse zu früh abbricht. Der einleitende Teil über emanzipative Marktkommunikation hat beim Leser allerlei Erwartungen geweckt, die dann im pragmatischen Teil nicht erfüllt werden. Dieser ist entschieden zu kurz geraten. Nach der sehr ausführlichen Darstellung der empirischen Befunde wäre es sehr wünschenswert gewesen, auch

Genaueres über die praktisch-politischen Gestaltungsmöglichkeiten einer Konsumentenpolitik zu erfahren. Leider bietet der Autor hierzu nur Andeutungen. Schon allein eine genauere Analyse der Fehler bisheriger Konsumentenpolitik wäre nützlich gewesen. Hier hat der Autor zu viel Zurückhaltung geübt.

Allerdings ist zu bedenken, dass es Abplanalp primär um die Analyse der Kommunikationsprozesse beim Konsumentenverhalten ging. Diese ist ihm gut gelungen. Und das macht die Arbeit sehr lesenswert. Die Kritik am pragmatischen Teil soll vorwiegend als Anregung verstanden werden, auf diesem wichtigen gesellschaftspolitischen Feld weiterzuarbeiten.

Almanach der Schweiz

Daten und Kommentare zu Bevölkerung, Gesellschaft und Politik

Herausgegeben vom Soziologischen Institut der Universität Zürich

Ruth Meyer, Institut für Soziologie der Universität Bern

Die Zielsetzung des vorliegenden Bandes ist weniger wissenschaftlicher als praktisch didaktischer Art. Anstoss bot den Autoren, dass es "bislang" in der Schweiz "keine verständliche Zusammenfassung von statistischen Zahlen über die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche" gibt, dass hier "ein Handbuch gesellschaftlicher Daten" (S. 7) fehlt. Diese Lücke wenigstens zum Teil zu schliessen, ist das primäre Anliegen dieses Buches. "Indem es gleichsam eine Brücke zwischen Produzenten und Konsumenten von Gesellschaftsinformationen schlägt, will es dazu beitragen, dass mehr Leute mehr und bessere Information über die Schweiz zur Verfügung haben und sich somit selbst ein Bild vom Zustand der Nation machen können" (S. 8). Der Band wird damit in die Tradition der internationalen Indikatorenbewegung und der Sozialberichte gestellt, wie sie für verschiedene hochindustrialisierte Länder vor allem seit Beginn der siebziger Jahre zur Verfügung stehen[1]. In der Regel stehen diese Sozialberichte unter der Verantwortung von staatlichen Stellen. Der "Almanach der Schweiz" hebt jedoch mit seinem Titel, der an das reiche Werk der bundesdeutschen Forschergruppe SPES "Soziologischer Almanach" anschliesst, wie mit seiner Urheberbezeichnung, welche nicht auf Personen als Autoren, sondern auf ein soziologisches Institut rekurriert, seine wissenschaftliche Herkunft deutlich hervor. Er provoziert damit auch anspruchsvollere Massstäbe und vor allem die Frage, was hier von Soziologen zu einem soziologisch fundierteren Verständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge in einer breiteren Oeffentlichkeit beigetragen wird. Auch dabei ist natürlich zu beachten, dass es theoretische Beschränkungen und solche des Datenmaterials gibt, welche nicht einfach übersprungen werden können.

Generell ist festzustellen, dass es den Autoren des Bandes gelungen ist, eine grosse Fülle von verstreutem, z.T. bisher unveröffentlichtem Material aus Statistiken verschiedener Herkunft zusammenzutragen und damit leichter zugänglich zu machen. Ueberzeugend ist auch das durchgängige Darstellungsmuster, das von den

[1] Vgl. Social Trends, hsg. v. Central Statistical Office, London 1970ff.
Données Sociales, hsg. v. Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques, Paris 1973.
Social Indicators 1973, Selected Statistics on Social Conditions and Trends in the United States, hsg. v. Office of Management and Budget, Washington D.C. 1973.
White Paper on National Life, hsg. v. d. Japanischen Regierung.
Gesellschaftliche Daten 1973/1977, hsg. Presse- und Informationsamt der Bundersregie-
E. Ballerstedt/W. Glatzer, Soziologischer Almanach, Frankfurt/New York 1975.

"Gesellschaftlichen Daten" des Presse- und Informationsdienstes der Deutschen Bundesregierung übernommen werden konnte : 1 Seite Kommentar/1 Seite Daten. Sehr geschickt ist schliesslich die Datenpräsentation, die sich wohltuend abhebt von den ausländischen Sozialberichten. Hier werden nicht nur Tabellen angeboten, sondern es wird grosse Mühe auf die Erstellung von anschaulichen Graphiken verwandt. Entsprechend einer Grundforderung der Indikatorenbewegung nach Abbildung gesellschaftlichen und kulturellen Wandels wird das Material soweit möglich in längeren Zeitreihen dargestellt. Seltener sind internationale Vergleiche. Vor allem im letzteren Fall wird dabei der Äquivalenzproblematik nicht immer die nötige Aufmerksamkeit geschenkt (vgl. etwa Sektoreneinteilung oder Bildungswesen). Die 93 in dem Band behandelten Themen sind in die 13 folgenden Kapitel gegliedert :

- (demographische) Grunddaten
- Raumordnung und Umwelt
- Wohnen und Familie
- Gesundheit und medizinische Versorgung
- Bildungswesen
- Arbeit und Beruf
- Einkommen, Vermögen, Konsum
- Freizeit
- Massenmedien
- Politik
- Oeffentliche Hand
- Justiz und Kriminalität
- Militär
- Beziehungen zum Ausland.

Diese Strukturierung folgt einem eher konventionellen Schema der Darstellung einer Sozialstruktur. Neben Grunddaten der Bevölkerung und der Raumordnung werden gleichsam konzentrisch Subsystembereiche angeordnet, vom privaten Lebensraum des Individuums bis zum öffentlichen Sektor von Politik, Justiz und Militär. Beziehungen zwischen den einzelnen Bereichen und mit der Umwelt können so kaum sichtbar gemacht werden, wie dies bei einer Systematisierung nach aus der Theorie der Sozialstruktur ableitbaren soziologischen Kategorien – vor allem der sozialen Schichtung, der sozialen Mobilität, des auto- und heteronormativen Bereichs – möglich gewesen wäre. Es kann nicht an der Datenlage liegen, dass diese Perspektiven in dem Band nicht nur nicht strukturbildende Funktion haben, sondern auch in den Unterabschnitten nur wenig berührt werden. Dass das Thema Religion, neben der Angabe der Konfessionsverteilung im Kapitel Grunddaten, nur in einer unvollständigen Tabelle (die evangelisch-reformierte Kirche bleibt ohne Begründung ausgeklammert) berührt wird, ist *ein* deutliches Zeichen für diese Schwäche, dass sie in das Kapitel Freizeit verwiesen wird, damit mehr als nur ein "Ausrutscher". Eine ähnliche Kritik ist bereits 1973 anlässlich der Dritten Arbeitskonferenz Soziale Indikatoren im Zusammenhang mit der Vorstellung von Plänen für Datenhandbücher für die Bundesrepublik und insbesondere dem im übrigen sehr viel stärker soziologisch fundierteren SPES-Projekt (s.o.) geäussert worden (vgl. Pappi 1974, Alber 1974). Sie hätte hier zumindest dazu führen müssen, dass die gewählte Systematisierung und in diesem Zusammenhang auch die Auswahl der Einzelindikatoren problematisiert und begründet worden wäre. Sie wäre auch gesellschaftlichen Problemkatalogen, wie sie aus der Indikatorenforschung bekannt sind (vgl. etwa Steinhausen 1975, 137ff; Kirch/Wittmann 1975, 92ff; Leipert 1978) und deren theoretischer Basis gegenüberzustellen gewesen. Soziale Indikatoren beziehen sich nach allgemeiner Übereinkunft auf gesellschaftliche Probleme – im weitesten Sinne des Wortes.

Die Relevanzkriterien für deren jeweilige Auswahl müssen gerade deshalb theoretisch festgemacht und ausgewiesen werden. Dies gilt gerade auch dann, wenn wie hier der Versuch unternommen wird, einem breiteren Publikum "mehr und bessere Informationen" zur Beurteilung sozialer Realität in die Hand zu geben. Der Eindruck der Zufälligkeit der Indikatorenauswahl in den einzelnen Kapiteln hätte sich damit weitgehend vermeiden lassen. Gerade angesichts der zum Teil sehr mangelhaften Datenlage in der Schweiz hinsichtlich gesellschaftlicher Bereiche wäre es auch vorteilhaft gewesen, auf entsprechende Lücken systematisch hinzuweisen. Es scheint darüber hinaus, als würden die Autoren die Bedeutung von sogenannt subjektiven Indikatoren erheblich unterschätzen.

Die Texte zu den einzelnen Tabellen und Graphiken sind im allgemeinen informationshaltig, klar und ausgewogen. Nur in wenigen Fällen wünschte man sich eine stärkere redaktionelle Hand der verantwortlichen Herausgeber – so etwa, wenn wie in den Kapiteln Militär oder Bildungswesen im Text durch Daten nicht ausgewiesene Behauptungen und soziologisch kaum zu rechtfertigende Interpretationen stehen geblieben sind, bzw. gängige Vorurteile einfach reproduziert werden. Eine gewisse Scheu der Autoren, ihr soziologisches Wissen für die Dateninterpretation fruchtbar zu machen und damit auch einen didaktischen Zweck zu erfüllen, ist auch hier nicht zu verkennen. In diesem Sinne hätten sich auch knappe Hinweise auf weiterführende Literatur als nützlich erweisen können. Sehr positiv sind dagegen die Querverweise im Lexikonstil zwischen den einzelnen Unterkapiteln zu werten. Sehr hilfreich sind auch die Detailerläuterungen zu den Daten in den Anmerkungen.

Aus soziologisch anspruchsvoller Sicht und gerade auch unter der Perspektive, dass von Soziologen einer weiteren Öffentlichkeit vermittelte Information "besser" sein sollte, weil sie auf tieferliegende Strukturen und Zusammenhänge verweisen und auch entsprechende Analysemöglichkeiten vermitteln kann, bleiben hinsichtlich des vorliegenden Bandes einige Wünsche offen. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier für die Schweiz im Anschluss an die hier ebenfalls sehr früh begonnene und später vom Schweizerischen Nationalfonds geförderte Arbeit an sozialen Indikatoren von J. Hoffmann-Nowotny Pionierarbeit geleistet wurde, dass hier eine reiche Fülle von wertvollem Material in ansprechender und griffiger Form aufbereitet wurde. Es ist sehr zu wünschen, dass der Band Universitätsdozenten zu vermehrten Lehrveranstaltungen über die Sozialstruktur der Schweiz veranlassen wird. Dass er sich in diesem Zusammenhang bewährt, hat die Rezensentin in zweimaligen Versuchen – einmal mit Soziologiestudenten und einmal mit Studenten anderer Fachrichtungen – selbst erfahren können. Zu wünschen wäre auch, dass er in Ergänzung zum gängigen Staatskundeunterricht von den entsprechenden Lehrern genutzt würde. Schliesslich ist ihm aber auch Verbreitung unter interessierten Laien zu wünschen. Dass der Band so rasch eine zweite Auflage erfahren hat, lässt auf einen vielversprechenden Start schliessen.

BIBLIOGRAPHIE

J. Alber, Resumé der Diskussion über die Datenhandbücher, *Soziale Indikatoren, Konzepte und Forschungsansätze II*, (*W. Zapf*, Hrsg.) (Frankfurt/New York, 1974) 77 ff.
G. Kirsch und W. Wittmann, "Nationale Ziele und Soziale Indikatoren" (Stuttgart, 1975).
Chr. Leipert, "Gesellschaftliche Berichterstattung. Eine Einführung in Theorie und Praxis sozialer Indikatoren" (Berlin/Heidelberg/New York, 1978).
F.U. Pappi, "Diskussionsbeitrag zu den drei geplanten Datenhandbüchern", in : W. Zapf, a.a.O.
J. Steinhausen, "Soziale Indikatoren als Elemente eines gesellschaftlichen Planungs- und Steuerungssystems" (Meisenheim am Glan, 1975).

L'âge de la politique sociale – Patrick de Laubier

Editions techniques et économiques, Paris, 1978, 272 pp.
Roger Girod, Université de Genève

Les ouvrages que vient de publier Patrick de Laubier fournissent un tableau d'ensemble remarquable des grands problèmes de la pensée sociologique et de la politique sociale[1]. Ces problèmes sont envisagés à la fois dans leur principes philosophiques, au point de vue de leur évolution historique et dans leurs aspects les plus actuels.

C'est ainsi que "L'âge de la politique sociale (acteurs, idéologies, réalisations dans les pays industrialisés depuis 1800)", livre auquel se limitera le présent compte rendu, nous mène des pratiques qui avaient cours sous l'Ancien Régime en faveur des indigents, au programme social mis en oeuvre par le président Carter dès son arrivée au pouvoir, et à ceux qu'inspire, en URSS, la nouvelle constitution soviétique adoptée en 1977.

La politique sociale est en droit la tâche la plus haute des pouvoirs publics. Elle occupe en fait, une place de plus en plus grande dans leur action, et aussi dans leurs budgets. Elle se distingue de la politique tout court, qui a pour objectif la conservation et le renforcement du pouvoir de l'Etat et de la politique économique, qui vise la croissance de la production. La politique sociale est sans cesse exposée, selon les temps et les régimes, à une perte d'identité. Tantôt elle se dégrade en un simple moyen au service d'un pouvoir qui ne s'intéresse qu'à accroître son emprise sur la population et sa force militaire; tantôt, elle est utilisée dans leurs intérêts propres par les classes capitalistes là où elles existent, et par celle des technocrates de l'économie.

La formule correcte est au contraire celle qui subordonne la politique et l'économique aux finalités du social. Celles-ci se ramènent à la justice. Plus exactement, pour l'auteur, à une prise en considération de la "dignité de la personne qui est à la fois membre d'un groupe, membre subordonné à un groupe, et univers libre dont la destinée spirituelle est sans limite" (p. 9). A un moment donné, P. de Laubier a cette très belle formule : "la société doit devenir une république de personnes" (p. 255).

A la lumière de ces principes, il examine de près la pensée de Sismondi, qui fut parmi les premiers critiques du libéralisme intégral et qui chercha à formuler les principes d'une politique pragmatique, ayant pour objet une distribution équitable des biens et l'épanouissement personnel des individus, ce qui impliquait notamment la lutte contre le paupérisme et contre l'exclusion sociale frappant le prolétariat industriel.

Pendant la première moitié du 19ème siècle, l'Etat, qui avait pris dans les monarchies absolutistes les traits d'une véritable caricature, était l'objet d'une méfiance générale. Celle-ci se retrouvait aussi bien chez les libéraux que chez Marx ou Proudhon. Ses interventions sociales se limitèrent alors à des lois sur le travail des enfants et à des mesures telles que la loi anglaise de 1834 sur les pauvres. Les associations d'ouvriers étaient soit interdites comme en France depuis 1791, soit juste tolérées comme en Grande-Bretagne depuis 1825. Il s'agissait alors, au total, de mesures de police sociale plus que de politique sociale. Bismarck et Napoléon III ont

[1] "Une alternative sociologique : Aristote-Marx. Essai introductif à la sociologie" (Editions universitaires, Fribourg, 1978); "Le phénomène syndical : syndicalisme et mouvements ouvriers" (Albatros, Paris, 1979); "L'âge de la politique sociale : acteurs, idéologies, réalisations dans les pays industriels depuis 1800" (Editions techniques et économiques, Paris, 1978); "La grève générale en 1905 : le mythe français et la réalité russe" (Anthropos, Paris, sous presse).

joué un rôle important dans la modification de cet état de choses. La nécessité d'interventions de l'Etat tendait à être graduellement mieux admise.

La dernière partie du 19ème siècle, puis le 20ème, devaient être marqués par un accroissement considérable de l'action sociale des pouvoirs publics. Ces tendances ont été renforcées par l'évolution de l'attitude d'un mouvement ouvrier déchiré par des luttes internes incessantes, mais néanmoins de plus en plus puissant. Avec la création du BIT, un nouvel acteur fait son entrée. Son rôle sera très appréciable. Cet organisme contribuera beaucoup à faire prévaloir des pratiques réformistes, indépendamment de l'attachement des Etats membres, soit à une idéologie libérale, soit à celle de la solution de tout par la révolution intégrale.

Ces longs changements historiques, allant de la fin du 18ème à nos jours, font l'objet de chapitres bien documentés. L'auteur concentre l'attention sur les tendances de fond, tout en situant, à leur juste place, beaucoup d'épisodes bien précis, notamment de controverses idéologiques, qui montrent pourquoi et comment certains tournants furent pris.

Les années 1930, plus exactement l'année 1936, sont l'objet d'une étude particulièrement détaillée. Elle revêt la forme d'une comparaison de la politique sociale de trois Etats totalitaires – l'Allemagne d'Hitler, l'URSS de Staline, l'Italie de Mussolini – et de deux Etats démocratiques, la France de Léon Blum et les Etats-Unis de Franklin D. Roosevelt. Les expériences totalitaires en cause sont le type même de l'absorption du social par le politique. Leurs réalisations parfois spectaculaires ont été payées chèrement par les masses, privées de la jouissance des droits humains les plus fondamentaux par des minorités dirigeantes décidées à imposer leur système par la force. En France et aux Etats-Unis, l'opposition des intérêts particuliers a limité beaucoup la portée du programme social de 1936. Mais des progrès substantiels ont néanmoins été réalisés, sans compromettre l'exercice des libertés essentielles. Ce n'est pas seulement à cause de l'ampleur des mesures pratiques qui intervinrent à ce moment-là que 1936 est une date capitale pour la politique sociale. Cette année-là fut aussi celle de la sortie de toute une série d'ouvrages d'une grande portée, à la fois bilans de l'échec du communisme stalinien et de la crise des démocraties libérales, et propositions en faveur de solutions nouvelles : "La théorie générale de l'emploi" de Keynes, "La révolution trahie" de Trotsky, "L'humanisme intégral" de Jacques Maritain, par exemple. L'auteur de manque pas de le rappeler.

Actuellement, la politique sociale de l'URSS – politique que l'auteur examine de près – ne parvient toujours pas à assurer des conditions matérielles d'existence acceptables à la population, tout en continuant à lui refuser la plupart des libertés. La défense de celles-ci, sous tous les régimes, fait partie de la politique sociale, souligne P. de Laubier. Elle en est même la clé de voûte.

Dans les démocraties libérales, les mesures de politique sociale sont de plus en plus nombreuses. L'auteur examine plus spécialement celles qui sont prises aux Etats-Unis, sous Carter. Elles concernent la population dans son ensemble : urbanisme, sécurité sociale, relations familiales, revenus, éducation, santé, personnes âgées, conventions collectives de travail, lutte contre la pauvreté. C'est sur ce dernier point que se concentre l'auteur. Aux Etats-Unis, il s'agit de supprimer la pauvreté absolue, sans modifier de façon stricte l'inégalité des revenus. Des auteurs tels que Th. Schultz (importance de la formation) et Milton Friedman (impôt négatif) ont été parmi les principaux inspirateurs de cette approche du problème de la dépaupérisation. Les obstacles majeurs qu'elle rencontre sont d'abord d'ordre financier. L'ampleur de ses programmes sociaux a entraîné, par exemple, la faillite de la ville de New-York. Ces obstacles sont aussi psycho-sociaux. La population-cible des "pauvres" a de la peine, faute d'y reconnaître les aspirations qu'elles éprouve effectivement, à répondre aux incitations au travail que comportent les programmes dont elle est l'objet. Il faudrait

sans doute, pour obtenir de meilleurs résultats, refondre toute l'économie en fonction d'un modèle plus équitable de répartition générale des ressources, qui dégagerait davantage de ressources pour le secteur collectif. Il faudrait aussi conférer aux relations avec les défavorisés un style qui permette à ces derniers de se sentir davantage compris et respectés.

Ces constatations conduisent à une distinction (que P. de Laubier fait à plusieurs reprises) entre la croissance et le développement. La première, qui se définit en termes matériels d'augmentation de la gamme et du niveau des prestations, peut éventuellement être remarquable même dans un régime qui méconnaît tout à fait la dignité humaine. Hitler n'a pas eu d'égal pour redresser une économie en perdition et réduire le chômage. Le développement est bien autre chose. Il englobe la croissance. Mais il la subordonne à des finalités proprement humaines. Les régimes les plus démocratiques d'aujourd'hui ne méconnaissent pas, en principe, ces finalités. Ils les respectent jusqu'à un certain point. Cependant, en pratique, leur politique sociale reste trop tributaire de la presssion de toute sorte d'intérêts égoïstes et d'habitudes injustifiables en dernière analyse, aux yeux de l'éthique. Cela confère à cette politique un caractère bâtard. Par bien des côtés, elle va à l'encontre de ses intentions, en perpétuant par des mécanismes "pervers" les maux qu'elle cherche à guérir. Il arrive même qu'elle fasse apparaître de nouvelles maladies de la société. Les solutions à rechercher supposent que l'on fasse prédominer davantage de principes directeurs clairs sur le laisser-aller. Pour l'auteur, ces principes ont pour coeur l'idée de personne, évoquée au début de cet article.

Cet ouvrage constitue certainement la meilleurs introduction actuelle à la politique sociale. Cette discipline de grande actualité comporte des aspects descriptifs, explicatifs, pratiques et normatifs que P. de Laubier articule remarquablement bien.

L'initiative populaire en Suisse : Mythe et réalité de la démocratie directe – Jean-Daniel Delley

L'Age d'Homme, Lausanne, 1978

William Ossipov, Département de sciences politiques, Université de Genève

L'initiative populaire en Suisse est un ouvrage important pour qui veut comprendre le système politique suisse et les débats actuels qui entourent son évolution et sa transformation. Il complète fort heureusement les travaux de Neidhart sur le référendum et les études de droit public.

La thèse fondamentale de Delley est qu'il est sommaire de juger du rôle de l'initiative populaire par les résultats des votations. Au contraire, l'auteur s'attache avec bonheur à démontrer qu'au-delà des échecs répétés des initiatives devant le peuple, cette forme des droits populaires permet de proposer des solutions différentes, d'offrir des alternatives dans le processus de décision, de faire émerger des problèmes au niveau politique, de briser le monopole de la classe politique. On peut résumer tout cela par un mot qui revient souvent et qui traduit très clairement la fonction de cette institution : l'initiative permet d'augmenter la *variété* du système.

On le voit, Delley utilise la conceptualisation de l'analyse de système : formation et formulation des demandes; entrée des demandes; réduction et compétition des demandes... Et soudain on éprouve un certain malaise. Car à tous ces développements sur les *inputs* ne correspondent pas les analyses symétriques sur les *outputs*. Delley parle bien de l'efficacité de l'initiative populaire au-delà des échecs arithmétiques des votations; il a d'excellentes analyses des effets diffus et à

long terme. Strictement parlant, il s'agit-là de l'effet en retour, du feed-back dû à l'apport d'information dans le système et non de la décision politique populaire exprimée en votation. Certes, Delley s'explique sur les raisons qui l'ont poussé à ne pas prendre en compte les résultats des verdicts populaires : d'abord il n'y a pas de votation dans un grand nombre de cas; ensuite il y a une régularité presque totale dans le rejet par le souverain; enfin, comme nous l'avons déjà mentionné, les fonctions véritables de l'initiative ne sont pas observables à travers les résultats arithmétiques. Néanmoins, la démarche utilisée par l'auteur néglige un matériel important qui présente l'intérêt de ne pas être artificiellement sollicité par l'observateur mais d'être offert par les procédures mêmes du système politique.

Delley parle très justement, mais de manière trop condensée, de l'initiative populaire comme véhicule d'une *information* politique. Plus loin interviennent les concepts de *compétition* des demandes, de *néo-corporatisme* du système politique suisse, de *concurrence* entre l'action parlementaire et l'initiative populaire. Dès lors, on peut légitimement se demander si l'analyse de système est un instrument assez fort pour rendre compte des phénomènes dans certains de leurs aspects spécifiques. Ainsi aurait-on pu suivre une piste définie par la théorie de l'information éventuellement explicative des rejets constants par le peuple de messages à taux d'information trop élevé; ainsi aurait-on pu suivre une piste résolument "économiste", dans la ligne d'Eichenberg qui compare l'homme d'état moderne au chef d'entreprise. C'est alors qu'interviendrait la terminologie de la concurrence monopolistique, des barrières à l'entrée du marché (les fameuses signatures qui fonctionnent tellement comme des droits de douane!), de l'offre d'innovations politiques en déséquilibre avec la demande populaire, etc. Pour couronner cette rêverie en théorie politique, on aurait pu suivre une piste combinée "d'économie de l'information politique".

Mais peut-être faut-il revenir au sous-titre de l'ouvrage, à cette référence au *mythe* et à la *réalité* de la démocratie semi-directe suisse. Là, Delley excelle à nous restituer les fantasmes des libéraux du siècle passé, Bluntschli et sa veine aristocratique, Droz et ses peurs de la démagogie. Et l'on peut considérer comme des pages importantes celles où l'auteur présente, puis démonte la mythologie moderne de l'Etat fort, adapté à l'accroissement dramatique des attentes mises en lui, fonctionnant d'autant mieux qu'il réduit l'intrusion de la souveraineté populaire. Et ce n'est pas le moindre mérite de l'ouvrage de Delley que d'oser, contre ce mouvement qui devient dominant dans la doctrine (Schumann, Eichenberg, Neidhart, Germann), mettre en place une perspective à la fois rigoureuse au plan de la réflexion et militante en faveur de la participation démocratique et des droits populaires.

Effets économiques et sociaux de l'éducation – Roger Girod *et al.*[1]

Collection Sociologie en Suisse, Editions Delta, Vevey, 1978, 324 p., Fr. 46.–
Pierre Weiss, Département de sociologie de l'Université de Genève

L'institution scolaire vient à nouveau de faire preuve sinon de vitalité, du moins de sa capacité à interroger les chercheurs, au travers d'un ouvrage important à plus d'un titre. Issu d'un colloque pluridisciplinaire et polyglotte, ce recueil d'articles permet de jeter plus qu'un coup d'oeil sur l'état des recherches portant sur les "effets économiques et sociaux de l'enseignement".

[1] Introduction de R. Girod, textes de P. Beneton, R. Boudon, S. Ehrlich, Y. Fricker, P. Furter, R. Girod, P. Heintz, T. Holenweger, W. Müller, R. Nef, G. Psacharopoulos, J.-P. Schellhorn, A. Sørensen, H. Uusitalo, J. Vonèche.

Toutefois – autant le dire d'emblée – l'avantage de cette même pluridisciplinarité ainsi que celui de la liberté thématique interne qui ont présidé à l'organisation du colloque ont peut-être trop conduit à empêcher la présentation de perspectives contradictoires ou même complémentaires. En raison toujours de l'absence d'un fil plus visiblement conducteur, il n'est pas toujours chose facile de dégager les liens entre articles traitant de modèles macrosociologiques et d'autres, plus "micro", ni les raisons de l'optimisme (ou pessimisme) démesuré de certains, dû peut-être à leur méthodologie, ou de la place accordée à des travaux à première vue éloignés de la question des effets. Mais à quoi bon soupirer après un guide-âne quand l'on tient sous la main des aspects qui n'eussent alors pas été traités, comme les effets de l'école hors l'école, ou de l'école après l'école. De toute façon, certains des auteurs ont "rectifié le tir" d'eux-mêmes, par la présentation de l'évolution des recherches dans leur champ, des impasses où mènent quelques-unes d'entre elles ou plus intéressant encore, en départageant des théories concurrentes et, de prime abord, également vraisemblables.

Quels effets l'école exerce-t-elle donc sur l'économie et la société? Plus exactement, quels effets les chercheurs ont-ils pu mettre à jour? La réponse, nous allons le voir, est singulièrement complexe et, en général, négative. Est-ce illogique pour autant? Pour plus d'un participant aux journées de Sigriswil, nos illusions perdues tirent leur origine du niveau impertinent d'ambitions fixé à l'école par les réformateurs sociaux. Le bilan serait-il plus favorable si l'on s'était concentré sur ce en quoi réside fondamentalement la fonction première de l'école, à savoir le partage des connaissances, l'apprentissage de l'apprentissage? R. Girod, pour sa part, en estimant en introduction que, au moins dans certains domaines d'économie de l'éducation et à propos de l'influence de l'école sur l'allocation des situations sociales, "le stade des raisonnements théoriques généraux, de type formalisé, contrôlables empiriquement, est atteint" (p. 11), nous fait humer de fracassants paradoxes... Car, ne l'oublions pas, si les objectifs de l'école sont nombreux et parfois même antithétiques, les dépenses considérables allouées à ce secteur – qui occupe neuf millions d'enseignants pour les seuls pays de l'OCDE – en rendent l'évaluation immédiate plus que souhaitable.

Encore un point : la discussion de l'ouvrage permet plusieurs lectures. La nôtre privilégiera les effets économiques et sociaux à proprement parler de l'éducation, au détriment de perspectives plus strictement méthodologiques, psychologiques ou politologiques, et s'il nous fallait "hic et nunc" énoncer une règle d'exposition, ce serait la reconnaissance d'être allé du plus étranger au plus inattendu (en visant par à la richesse de l'information), en passant par les champs de recherche désormais "classiques" dans leur propos. Une courbe en U en quelque sorte.

Traitant de l'influence de l'école sur l'acquisition des connaissances, la communication de S. Ehrlich prend tout son sens comme base utile, quand bien même classique et "dichotomane", qui rappelle l'évolution du système cognitif dans deux directions, à notre sens idéal-typiques, de structuration empirique d'une part, logique de l'autre. Dans la mesure où les systèmes scolaires accordent, par hypothèse, une place prépondérante au deuxième terme de l'alternative, il s'ensuit que les enfants originaires de milieux aisés y seront favorisés. Reuchlin et Bernstein sont derrière la porte. L'article resitue par ailleurs le rôle du milieu d'origine dans la controverse de psychologie différentielle, héritée du siècle passé, entre inné et acquis, entretenue plus près de nous par les behavioristes (tout est acquis, l'inné étant insaisissable), la neurophysiologie et la biochimie génétiques, la psychologie cognitiviste. Mais, en concluant sur les variations qualitatives d'un milieu social à l'autre, l'auteur nous laisse sur notre faim quant à l'effet de l'école, sauf à lui

attribuer un rôle de "laquais de la classe dominante". Son interaction est tout de même immédiate.

En ce sens, la réflexion menée par J. Vonèche sur la compétence cognitive (ou logique) est très saine, car démystifiante. L'école ne peut la mesurer, ni l'intelligence, car celle-là (fonction de l'origine) ne se définit pas par les performances. Par ailleurs, rejetant le manichéisme, mais aussi l'école actuelle, l'auteur prône avec Snyders une solution sinon à la conservation des acquis intellectuels à l'âge adulte, du moins à la thématisation des objectifs scolaires dans "l'hétérogénéisation des modèles culturels correspondant aux contradictions des pratiques sociales actuelles" (p. 60). Quant aux études de cohortes pour y déceler des effets d'âge et de génération, Vonèche en souligne l'incohérence des résultats.

Aussi, au terme de cet article aussi bref que critique, pouvons-nous regretter l'absence de données propres, mais surtout constater que, pour ce qui a trait à l'acquisition des compétences, les psychologues cités sont loin de livrer une réponse dépourvue d'ambiguïté, puisque ceux qui pensent pouvoir définir les compétences arrivent à des résultats contradictoires quant à la conservation des connaissances et que les autres s'achoppent à la définition des premières.

En conséquence, dépassant la stérilité scholastique et méthodologique dont nous venons de faire état, le psychologue genevois propose-t-il une psychologie génétique du cycle vital visant à dissocier dans le cas des phénomènes cognitifs, espèces, générations et cultures.

Après le microscope-musique d'avenir, le macroscope de P. Heintz scrute, à l'horizon de la planète et au travers de données agrégées reflétant la stratification des Etats, les variations quantitatives et du système éducatif (nombre d'étudiants) et de la productivité du travail (revenu p.c.). Cherchant à établir une relation de causalité, l'auteur fait l'hypothèse d'effets directs, indirects et de rétroaction de l'éducation sur le système économique, et construit pour ce faire un modèle de régression non linéaire, récursif, multivarié.

Ses conclusions sont mesurées, malgré les difficultés inhérentes au système de mesure adopté : l'instrumentalité économique du système éducatif varie entre les couches du système international et à l'intérieur de celles-ci, non seulement en raison de la structure économique des nations, mais aussi à cause de la rigidité différentielle des systèmes éducatifs et de valeurs autres que socio-économiques. Par conséquent, l'on aura aussi bien des états (développés) où le développement de l'économie régit celui de l'éducation, d'autres (moyennement développés) où l'économie nie à l'éducation sa fonction instrumentale, enfin des pays sous ou surdéveloppés où l'économie, en vertu de ses propres mutations technologiques, est indifférente au concours du système éducatif.

Qu'en est-il pour la Suisse ? Deux membres de l'"Ecole de Zürich", T. Holenweger et R. Nef, au long d'un article ambitieux, sinon synthétique, qui reprend la démarche "heintzienne", et y ajoute la problématique centre-périphérie, concluent sur une relation d'indépendance plus ou moins prononcée entre le développement de système éducatif et les deux dimensions (de direction, de production) d'une analyse factorielle de la structure socio-économique des cantons suisses, ainsi que le revenu p.c. A titre d'exemples, voici deux de leurs conclusions : "Die Dynamik der Berufsbildung und die Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens sind nur sehr schwach miteinander verknüpft" (p. 113), et, même si ces dernières années la tendance a paru s'inverser, l'instrumentalité de la "Hochschulbildung", par exemple, est devenue nettement négative.

* * *

Le passage au niveau des données individuelles n'informe d'ailleurs nullement les résultats obtenus à l'échelon des aggrégats. C'est ainsi que R. Girod résume, à propos de la relation entre études et situation professionnelle :

La masse accède à la vie active par les filières moyennes du système de l'enseignement, ce qui ouvre aux individus qu'elle comprend des possibilités de carrière très diverses; pour le reste de la population (i.e. études "primaires" ou "tertiaires") le rapport entre études et carrière est plus prononcé" (p. 151).

C'est pourquoi, malgré la grossièreté des catégories utilisées (dont l'auteur se plaint par ailleurs), il semble préférable de considérer les études d'un individu comme l'un des atouts d'une partie de cartes à plusieurs manches – par opposition à l'image de la tuyauterie, héritée de Sorokin (l'école, instance de sélection) – dont la valeur change à chaque stade de la vie (professionnelle) et qui doit lutter contre les atouts et la stratégie des autres, en fonction d'un certain contexte.

Pour la démonstration de cette hypothèse allégorique, un recours est fait au modèle d'analyse "path", hérité en la matière de Blau et Duncan, dont l'utilité est de dissocier dans un faisceau d'influence la part de chaque facteur. Nous retiendrons que, pour la population étudiée, l'éducation explique seulement 2% de la variance du revenu et 15% de celle de la profession, ce qui est en définitive comparable aussi bien aux résultats étrangers qu'aux données auxquelles se référera Muller. Et si le modèle n'explique finalement que 9.2% des inégalités de revenu, il n'y a pas là paradoxalement motif à vouloir le raffiner davantage, mais bien au contraire preuve de la nécessité à passer à un type plus puissant d'explication du social, en direction duquel J.-P. Schellhorn, par exemple, esquisse quelques pas.

A l'adresse des chercheurs, retenons cependant les conseils de mieux distinguer les professions réglementées, "corporatistes", des autres, le spectre professionnel des diplômes; de mieux définir aussi le niveau d'instruction, fait à l'occasion de redoublements, d'abandons, et que caractérise en dernière analyse le niveau de connaissance (voir Vonèche).

Si donc nous retenons pour l'heure l'effet très relatif de l'éducation sur le statut professionnel et plus incertain encore sur le revenu (en particulier sur la base des analyses macro-sociologiques), le lecteur est amené à se poser certaines questions sur la fonctionnalité du système d'enseignement dans ses formes actuelles. Aussi est-il utile de donner un éclairage quelque peu différent à ce problème en considérant l'apport des recherches concernant l'impact sur le monde économique et social d'autres formes d'enseignement : l'éducation extra-scolaire dans les pays sous-développés, la formation continue.

Partant de la thèse que "l'impact d'une intervention éducative dépend avant tout du rapport entre le développement culturel et la culture vécue" (p. 119), et tout en se demandant si l'analphabétisme constitue réellement un indicateur du sous-développement et, dans le cas d'une réponse positive, si ce n'est pas lui attribuer des pouvoirs démiurgiques que de croire à son influence sur la croissance économique, P. Furter, au terme d'une revue approfondie de nombreuses expériences menées dans le cadre de l'Unesco, constate de façon quelque peu désenchantée que, face à l'inadaptation du système scolaire traditionnel, l'école "hors-l'école" sert surtout à augmenter la demande sociale d'enseignement; que si ses coûts sont relativement réduits, c'est parce qu'elle profite des investissements opérés dans les structures traditionnelles; que les "bons" programmes extra-scolaires sont fort chers, d'où des bénéfices économiques limités pour la société; que les employeurs lui attribuent une faible valeur de certification; que le taux de participation y est limité et qu'enfin, "last but not least", il est difficile de définir les besoins des populations concernées.

Il est ainsi conduit à relever que "le succès effectif et à long terme dépend tout

autant de la volonté politique gouvernementale de favoriser des minorités dites "marginales" (...) comme du pouvoir de ces groupes-là à agir sur la structure du pouvoir de décision (p. 139) et même si des individus isolés peuvent en profiter, il semble à l'auteur que la seule solution par laquelle l'éducation extra-scolaire puisse exercer un effet sera celle où "l'extrascolaire servira la lutte des classes" afin "de changer et non de confirmer les inégalités" (p. 140).

Plus qu'une simple augmentation de la productivité, elle doit consister en "une appropriation collective de la formation et du dévelppement culturel" (p. 140).

Toutefois, si l'on admet – en parodiant la formule célèbre – que l'école doit appartenir à ceux qui y étudient, de deux choses l'une : soit l'école (y compris l'école "hors l'école") peut exercer un effet sur l'ensemble des variables considérées par l'auteur, dans les pays sous-développés, contrairement à ce que relève Heintz à propos du revenu, et alors son appropriation devient un objectif prioritaire, soit celui-là ressortit du domaine des mythes entretenus par ses propagandistes, et il devient plus direct d'espérer abolir la structure des inégalités par une action sur l'ensemble des institutions de pouvoir – savoir – distinction. Enoncé de façon plus provocante, cela revient paradoxalement à dire qu'il n'y a pire conservateur que celui qui espère modifier le "corps social" par une action à partir d'une institution dont l'instrumentalité est plus que sujette à caution. Ou, encore, "qui veut la fin veut les moyens" pour parler comme un wébérien rationnel et non en sorcier "yaqui" – ce qui a entre autres la fonction latente de parer au sentiment de désespérante impuissante où l'auteur nous conduit.

Dans un tout autre contexte – l'Allemagne – W. Müller aboutit au travers d'un article singulièrement élaboré à des conclusions plus équilibrées. Certes, dans le domaine de l'éducation continue (dont il distingue deux formes : une à responsabilité des entreprises, l'aurre émanant du système scolaire, et qui fournit un tiers des inscrits du système d'éducation supérieure), bien peu de données homogènes sont disponibles. Certes, elle ne peut rivaliser – particulièrement dans le domaine universitaire – avec les diplômes traditionnels sur le marché du travail : certes, enfin elle est encore réservée à une élite, celle des "contre-mobiles" professionnels, ou celle des exclus du système scolaire classique; elle est en quelque sorte l'instrument de la classe moyenne.

Et pourtant! Elle est moins dépendante du milieu d'origine, car le niveau d'instruction initial joue un rôle, et les inégalités y sont plus faibles à l'entrée qu'au gymnase; si cela se peut, elle favorisera donc la mobilité ascendante intergénérationnelle. Surtout, et c'est là sa fonction structurelle fondamentale, elle permet à certains de gommer le passé, sans maximalisme, mais sans désespoir, et en premier lieu pour ceux dont le niveau d'instruction initial et l'origine sociale sont peu élevés.

"Further education exerts a kind of compensatory influence in cases when the first attempt to convert educational resources to occupational status was not very successful" (p. 187).

Par ailleurs, Müller rappelle le caractère hypothétique du lien entre développement du système éducatif et développement de la technologie[2] ainsi que le fait que, selon des études récentes, des unités de production semblables emploient du personnel très diversément qualifié.

De plus, les attitudes des employeurs sont pour le moins ambivalentes face à une offre de personnel plus qualifié en raison des conséquences dans le domaine des coûts de production. Rien n'est plus simple que de mettre en doute les qualifications acquises hors de l'entreprise et de spécialiser à l'excès celles acquises en son sein, de

[2] qui pourrait même aboutir pour certains auteurs à une polarisation des qualifications, ce qui est loin de correspondre à l'idée d'augmentation générale continue.

façon à limiter leur instrumentalité externe. Au mieux, les promotions seront rares. Nonobstant, les dépenses faites dans ce secteur sont en augmentation, car en Allemagne règne une pénurie de main-d'œuvre qualifiée.

* * *

Nous voici ainsi arrivés à la nécessité logique de réconcilier explication microsociologique du cheminement des individus et explication macrosociologique qui considère les contraintes posées par le système social, telles la stratification, la division du travail, la marche de l'économie, etc. Mais un bilan des connaissances s'impose.

Ainsi que le souligne à juste titre Psacharopoulos, le changement de modulation dans les questions est en partie dû aux progrès méthodologiques accomplis. La distance est énorme qui va des tableaux croisés aux fonctions de production de Leontief et aux chaînes de Markov en passant par l'analyse "path". Il devient alors possible de répondre à des interrogations nouvelles, bien éloignées d'une efficacité (à définir) de l'éducation, comme sa fonction d'écran (screening), l'effet de l'expérience sur le tas, celui des réglementations institutionnelles et des structures du marché de l'emploi.

Aussi, après le scepticisme des auteurs précités, du moins l'économie de leurs effets (le lecteur nous pardonnera ce jeu de mots!), l'apport de cet économiste qui, non sans audace, a emprunté à la sociologie ses méthodes et ses questions nous permet-il de rebondir.

S'il est vrai que l'éducation n'est pas omnipotente, du moins certains résultats peuvent être considérés comme acquis. Ainsi de la rentabilité sociale de l'éducation, surtout dans les pays les plus pauvres où le coût d'opportunité est le plus faible et le capital humain rare. (Apparemment, Heintz est contredit. Mais rappelons-nous qu'il partait de données agrégées). Ainsi de la rentabilité personnelle, plus élevée encore, du rôle mis en évidence par Freeman des avantages économiques dans le processus de choix d'études menant à des professions déterminées; de la part – faible – de l'éducation dans la redistribution des revenus; de la substituabilité des qualifications, par exemple à l'intérieur d'une entreprise; de l'impossibilité de prédire le nombre requis par l'économie de diplômés universitaires en raison des changements technologiques et des effets de l'offre; de la faible relation entre école et acquisition de connaissances ("school inputs have little to do with school outputs", p. 308) en comparaison du rôle du milieu culturel d'origine sur les résultats scolaires (l'école ne changeant pas les moyennes des distributions pour chaque milieu social, mais se contentant de réduire la dispersion des distributions), sa fonction d'"écrantage" relatif, mais indubitable sur le marché des salaires. Ainsi en va-t-il enfin du fait que les milieux défavorisés facilitent par leurs impôts l'éducation des enfants de familles aisées qui sont proportionnellement plus nombreux dans le "tertiaire".

Certes, ces résultats sont à considérer avec précaution. L'auteur nous semble même quelque peu hardi lorsqu'il attribue à l'école un rôle important dans la réussite professionnelle et le revenu (aurait-il insuffisamment lu la littérature sociologique en la matière?) alors même que le contenu des ouvrages de sa bibliographie avance le contraire. Par ailleurs, l'orientation est plutôt "individuelle" que "structurelle".

Retenons les conséquences qu'il tire ainsi que certaines suggestions. D'abord, de financer surtout l'école primaire dans les pays en voie de développement, et non l'université. Dans nos pays, de favoriser les secteurs post-obligatoires rentables pour la société et de faire payer l'accès aux autres, quitte à restaurer un système de bourses; de passer des réformes globales aux réformes sectorielles à l'intérieur du système éducatif et de cesser de croire que l'on peut améliorer la situation (relative) des seuls défavorisés en augmentant le niveau d'instruction de l'ensemble de la popula-

tion. Les propositions sont encore plus dérangeantes quand il déconseille de s'occuper des domaines où le tour de la question est fait ou impossible (l'élasticité de substitution, la correspondance études-emplois, les prévisions en main-d'œuvre), pour analyser la profitabilité sociale et privée et les possibilités de satisfaire la demande d'éducation.

* * *

La fin du tunnel approche. De l'école, l'on commence à voir les macro-effets "prétentieux et instables" – sur la croissance économique, et le développement (Heintz, Holenweger et Nef, Furter); les micro-effets "chiches" – sur la profession, le revenu, les connaissances (Girod, Müller, Psacharopoulos). L'on trouve encore les effets "lunatiques" sur le comportement politique dont traitent P. Beneton et Y. Fricker, où, s'il semble vraisemblable que l'éducation joue un rôle, le problème consiste à établir le sens de l'influence en fonction de variations contextuelles, ce qui revient à rendre plus pesante la nécessité d'un modèle explicatif, sans parler des effets "optiques" où la covariation entre éducation et plusieurs dimensions du "bien-être" accède rapidement au statut de cause (Uusitalo).

En ce sens, la contribution de A. Sørensen prend toute sa valeur, qui parvient à délimiter le rôle de l'école dans l'inégalité des conditions (i.e. la structure des inégalités dans une société) de façon à la fois précise et non ambiguë. Alors que Thurow et Jencks pensent que l'éducation ne joue pas un rôle, la démarche de Sørensen, après avoir critiqué les erreurs de mesure et les oublis du premier, consiste à mettre à nu les mécanismes pour les confronter à l'empirie.

Choisissant le revenu, dont la métrique exprime une combinaison de l'emploi *et* des qualités individuelles du travailleur, de préférence aux habituels indices de statuts, fonction du seul emploi – y compris à travers son prestige – regroupé en catégories hétérogènes, l'auteur fixe les bornes du "process of status attainment". Soit le "diplôme crée l'emploi" – variante extrémiste de l'explication *endogène* – soit "le diplôme, c'est du vent", car est à l'œuvre un ensemble de processus où l'école est minorisée sinon exclue – variante extrémiste de l'explication *exogène*. (Voir en particulier les modèles de Markov). Par l'observation de la position des membres d'une population à différents moments, il devient possible de vérifier les hypothèses en question, car si le revenu est déterminé de façon endogène, tout changement dans les ressources de l'individu sera suivi d'un effet (et réciproquement). Si inversément, il y a effet sans changement de ressources, alors les niveaux de revenus caractériseront les emplois et non les personnes, et il n'y aura de changement de revenus qu'au travers de mutations dans les emplois : structurelles, conjoncturelles ou personnelles (retraites, départ).

Entre ces deux pôles, Sørensen opte pour une hypothèse apparemment médiane quoique plus proche de la théorie exogène : "Assuming that a person's resources are relevant for getting acess to jobs, it follows that changes in attainments are a function of the availability of vacant jobs *and* a person's resources (p. 228).

Ayant montré par ailleurs que la covariation entre éducation et revenu pouvait être formalisée aussi bien par l'une que par l'autre des théories extrémistes, Sørensen propose, pour sortir du dilemne, un indicateur qui ne peut être le revenu (explication circulaire), mais le nombre de changements d'emplois.

Alors que pour la théorie néo-classique, "growth in attainments over an individual's lifetime should be produced by growth in personal resources", pour le modèle de "vacancy competition", "growth is created by the utilization of mobility opportunities in society, so that the rate of job shifts, not changes in resources, is the major source of change in attainments." (p. 239).

Il semble ainsi possible de conclure que dans nos sociétés, les situations réelles

des individus reproduisent à des degrés divers un mélange de ces modèles, avec une prédominance du second, et qu'il importe par ailleurs de distinguer selon les secteurs d'activités économiques pour vérifier la prépondérance de l'un sur l'autre.

Quant au rôle de l'école dans la perpétuation de l'héritage social, la démarche désormais bien connue de R. Boudon aspire également à réassembler faits et théories censés expliquer les preuves.

Alors que l'inégalité devant l'école diminue lentement, principalement en raison de la diminution du coût de l'enseignement et de l'effet plafond auquel sont soumis les enfants des classes moyennes-supérieures, les sociétés dites méritocratiques ne connaissent pas de lien strict entre éducation et emploi, contrairement aux théories de Sorokin qui voudraient une reproduction de l'ordre social, entre autres par l'institution scolaire. Pire encore, l'héritage social intergénérationnel qui, selon les théories "reproductrices" est dû principalement à l'école, demeure, tel un bloc erratique indifférent, ainsi que l'ont montré Blau et Duncan, Glass, Carlsson. Des comparaisons dans l'espace montrent à leur tour les mêmes taux d'immobilité, alors que les pays concernés connaissent une sélectivité sociale de l'école différente[3], vieille question de Bendix et Lipset.

La clé de l'explication de ces phénomènes réside en fait dans la structure du marché de l'emploi et accesssoirement dans la fécondité différentielle et les mouvements de population, Boudon écartant, car difficilement appréciables et marginales, des variables comme le conformisme, car les faits ci-dessus montrent que l'héritage social est "issu de variables qui se composent en un système" (p. 21) à base démographico-économique.

Les conséquences en sont importantes, en particulier pour les pédagogues : "une réduction de l'inégalité des chances scolaires n'implique nullement une atténuation de l'héritage social, car, selon les cas, cette réduction peut avoir des effets positifs, négatifs ou nuls" (p. 23).

Mais aussi pour le grand public, qui croit au mythe de la liaison formation-emploi; et certains sociologues qui se refusent à voir la baisse de l'inégalité des chances.

Rien n'empêche donc maintenant de s'intéresser à l'école pour elle-même, en examinant en particulier si elle exerce une action sur son produit premier : les connaissances, de diminuer l'inégalité des chances scolaires si on le juge bon, ou de bouleverser la stratification sociale si on le croit possible, car "la vérité est que les inégalités scolaires sont la conséquence des inégalités sociales, et que la correction des premières peut n'avoir qu'un effet rétroactif négligeable sur les secondes, ou même s'accompagner d'effets négatifs" (p. 28).

Le but de toute recherche, chacun s'accordera à le reconnaître, est en effet de proposer des explications même paradoxales, mais respectant et la logique et les faits considérés. En ce sens, les "effets économiques et sociaux de l'enseignement", en faisant le point dans plusieurs discipline sur les résultats obtenus par des spécialistes à réputation souvent transnationale, ne pêchent-ils plus que sur un seul point : leur diffusion, en particulier auprès des lecteurs anglophones. Il est vrai que le tiers du travail de traduction est déjà fait!

[3] Nous ne reviendrons pas ici sur le thème des revenus. Mais Boudon arrive aux mêmes conclusions que Sørensen en en montrant l'indifférence au niveau d'instruction.

Le pouvoir suisse, séduction démocratique et répression suave
– Claire et François Masnata-Rubattel

Christian Bourgois, Paris, 1978, 320 p.

Michel Vuille, Service de la recherche sociologique, Genève

L'économie est à l'origine (au fondement) du pouvoir politique en Suisse ou, en d'autres termes, *les élites dirigeantes helvétiques sont au service des détenteurs du grand capital*, telle est la thèse centrale développée dans ce livre.

C. et F. Masnata-Rubattel défendent en effet l'idée que la trame de l'histoire suisse est constituée par "les réponses successives que les classes dominantes ont données aux nécessités économiques" (p. 13). Ils dégagent dès lors les principales étapes de la création et du développement du système "démocratique" suisse.

L'idée qu'une société "libérale" occidentale est gouvernée par une oligarchie économico-politique n'est pas nouvelle et C. W. Mills par exemple a dénoncé – il y a plus de vingt ans – la collusion des militaires, des politiciens et des industriels dans la gestion au plus haut niveau des affaires américaines (L'Elite du pouvoir). On sait par ailleurs que pour K. Marx et pour les théoriciens marxistes, le problème du pouvoir s'inscrit intégralement dans le rapport économique (rapports de production et lutte des classes).

On peut se demander alors quelle est l'originalité de l'étude des deux politologues vaudois? C'est à cette question que nous allons tenter de répondre dans cette brève présentation.

Pour entrer dans le vif du sujet, rappelons quelques réflexions de R. Levy sur la répartition du pouvoir en Suisse entre les secteurs politique et économique. Il constate d'une part "que le pouvoir économique est supérieur au pouvoir politique" et d'autre part que "la visibilité du pouvoir économique est moindre que celle de l'Etat". Cette *différence de visibilité* influe évidemment sur la manière dont nous percevons l'exercice du pouvoir au sein de la société suisse, d'autant plus qu'au "niveau des élites et des structures dans lesquelles se prennent les décisions les plus importantes dans notre société, le manque de recherches est à peu près total"[1].

Ce n'est donc pas le moindre mérite du couple Masnata-Rubattel que d'éclairer la face la plus cachée, la moins publique du pouvoir suisse, en mettant précisément l'accent sur les multiples réseaux de relations et d'intérêts qui unissent en permanence les organisations économiques et les instances politiques majeures de notre société. L'ouvrage comporte deux parties : (1) "Histoire, inégalité et pouvoir", (2) "Le grand jeu et l'enjeu de la démocratie", suivies d'un bilan et d'une conclusion.

Dans la première partie, les auteurs s'attachent à réinterpréter des faits historiques – en apparence bien connus de tout le monde – qu'ils présentent sous un jour différent : derrière les livres d'histoire officielle ...il y a la vie quotidienne des sans-grade, *l'autre Suisse*! C'est alors sous l'angle des *inégalités* ("le bien-être de quelques-uns acquis aux dépens de la majorité, voilà une des permanences de la "démocratie-témoin") qu'ils analysent les actes et les pactes fondateurs de l'Etat suisse, ainsi que les conditions sociales (au sens large du terme) qui ont marqué la mise en place de ses institutions.

S'ils s'interrogent par exemple sur certains aspects de l'organisation sociale sous l'Ancien Régime auxquels renvoient des notions telles que Marktgenossenschaft, Landsgemeinde, baillage commun, canton souverain, capitalisme rural, Zunft ou

[1] R. Levy, Les décisions politiques en Suisse : entre conflit et consensus, *Rev. suisse sociol.* 4-3 (1978). Cet article est le texte d'une conférence tenue dans le cadre du Congrès de Neuchâtel de la Société suisse de sociologie en avril 1978.

corporation, ils adoptent un point de vue dialectique : les situations et les dominants et celle des dominés sont analysées conjointement. Ainsi, cela ne manque pas de bousculer quelques idées reçues...

Une sociologie politique qui ne s'intéresserait pas à *la genèse des institutions majeures* (au niveau sociétal) pourrait sans doute décrire des modes de fonctionnement socio-politique actuels; elle ne pourrait pas les expliquer. Il est donc fondamental à nos yeux de situer dans l'histoire les moments privilégiés où des *règles d'organisation* sont définies pour une période plus ou moins longue de sorte à *institutionnaliser les rapports de force et les conflits sociaux*.

Dans cette perspective, il nous paraît parfaitement fondé de souligner – comme le font "les Masnata" – que les Radicaux de 1848 sont les "pères organisateurs" de la Suisse moderne. A cette époque, il s'agissait en effet de rien moins que d'élaborer un *projet de société* favorisant le passage d'une économie rurale traditionnelle à une économie industrielle : la constitution de 1848 jetait les bases du système politique que nous connaissons encore actuellement et les Radicaux n'ont pas rencontré d'obstacles insurmontables à la mise en œuvre de leurs principes de gouvernement, étant donné que pendant plusieurs décennies ils ont régné sans partage sur le Législatif et l'Exécutif fédéraux. Certes, il ne faut pas sous-estimer les pouvoirs économique et idéologique des Libéraux.

Les négociations entre les représentants du "public" et du "privé" pouvaient en effet être tendues et même conflictuelles, lorsque les enjeux concernaient le développement de vastes secteurs de l'économie suisse. A cet égard, l'analyse de la lutte pour la construction, la possession et le contrôle des *chemins de fer* (deuxième moitié du XIX siècle) est on ne peut plus révélatrice des divergences d'intérêt qui opposaient alors deux fractions de la bourgeoisie ...

La révolution et le mode de production industriels font apparaître, face aux élites bourgeoises, une classe ouvrière dont les conditions de vie et de travail diffèrent peu de celles que connaissent les prolétaires d'autres pays européens (misère, exploitation, etc.). Les auteurs notent néanmoins que la dimension *corporatiste* des rapports sociaux (issue de l'Ancien Régime) a subsisté dans la structure capitaliste suisse. Cela signifie autrement dit que le syndicalisme et le mouvement ouvriers se développent selon *une logique qui n'est pas celle de la lutte des classes* : la plupart des travailleurs sont réformistes, ils ne sont pas révolutionnaires. Si nous sommes pleinement d'accord avec les arguments qui expliquent la division, l'hétérogénéité, l'absence de cohésion et le manque de combativité de la classe ouvrière (faiblesse numérique des ouvriers d'usine en 1848, atomisation, clivages géographiques et linguistiques, nombre élevé d'ouvriers-paysans et de travailleurs étrangers, décentralisation et spécialisation industrielles, travail à domicile, haut niveau de qualification professionnelle), nous refusons en revanche les arguments que les auteurs développent au sujet de *l'aliénation* des ouvriers. Un seul exemple suffit pour mettre en évidence les fondements aprioristes et normatifs d'un tel discours : "Quand, de surcroît, il (le travailleur qualifié) est ouvrier paysan et propriétaire, il devient encore plus étranger à lui-même, en ce sens qu'une partie de sa vie quotidienne est vécue comme indépendante de la relation patron-ouvrier qui, elle, reste la même (sic). Dès lors, sa conscience possible est limitée. Le rapport de domination réel est camouflé par l'autonomie relative de sa vie. Cette aliénation est cultivée, renforcée, par le climat culturel et éthique : le protestantisme " (pp. 96-97).

Nous comprenons d'autant moins le recours à de tels arguments que les auteurs se montrent ailleurs beaucoup plus nuancés :

– "Une donnée objective n'est jamais vécue de la même façon par ceux qui ont le pouvoir et ceux qui le subissent" (p. 87).

– "Si la révolution démocratique s'est faite contre la corporation et ses pri-

vilèges, elle n'a pas pour autant modifié les habitudes de vie, ni surtout les habitudes mentales" (p. 93).

Aux riches informations historiques présentées dans la première partie du livre, C. et F. Masnata-Rubattel ajoutent d'abondantes données, souvent quantitatives, pour compléter et actualiser leur analyse de la structure des pouvoirs économique et politique suisse (deuxième partie).

Ils fixent ainsi leur attention sur ceux qui possèdent les *principaux atouts* dans le grand jeu de la démocratie helvétique et, contrairement à ce qui se passe dans une partie de " jass", les cartes ici ne sont pas distribuées au hasard... Qu'il s'agisse en effet

– de *l'économie* (exportation et importation d'hommes, de produits, de technologie, de capitaux; concentration des profits et exploitation de la main-d'oeuvre indigène ou étrangère; impôts sur le revenu et la fortune),

– de *la politique* (fédéralisme, composition sociale des chambres fédérales, gouvernement, tribunal fédéral, participation aux élections et votations, aux associations, initiative et référendum),

– du *culturel* (idéologie du consensus, neutralité, Bipcsard en 1848 : Bourgeois-Industriels-Protestants-Citadins-Suisses allemands-Venant des Régions Développées, l'école, l'armée, la presse, la télévision),

il est aisé de montrer que dans tous ces domaines, *la distribution de la richesse, du prestige et du pouvoir est inégalitaire et cumulative.*

En résumé, selon l'expression des auteurs : "sans atouts perd ou le cumul des ressources".

Arrêtons-nous à quelques éléments de l'analyse faite sur *le fédéralisme*. C. et F. Masnata-Rubattel soutiennent cette thèse : les adeptes du fédéralisme (partis et mouvements de droite) camouflent une pratique de domination et défendent des positions conservatrices ou même réactionnaires. Il ne nous paraît pas que cette affirmation d'ordre général soit contestable. S'il est vrai en effet que "l'existence d'institutions politiques locales ne constitue (donc) en rien une condition suffisante au développement d'un pluralisme démocratique", nous ne suivons pas les auteurs lorsqu'ils affirment "que le canton, de nos jours, est politiquement une fiction juridique; politiquement parlant, les Vaudois et les Zurichois n'existent plus, par contre, il y a des gens de gauche et des gens de droite, des intérêts patronaux et des intérêts ouvriers, qui débordent très largement les frontières cantonales" (p. 148). Certes, par rapport à certains débats et à certaines votations au plan fédéral, cette affirmation serait sans doute confirmée empiriquement, mais par rapport à d'autres questions, elle ne serait que partiellement vérifiée voire infirmée! Il nous paraît peu légitime, sociologiquement parlant, de faire comme si l'étiquette "fédéralisme" ne renvoyait qu'à *une survivance*, qu'à *un mythe*... Qu'on nous comprenne bien! Nous ne nions absolument pas que le discours fédéraliste soit connoté, idéologique et qu'il serve ceux qui ont intérêt (et profit) à nier les rapports de classes et à maintenir le statu quo, mais nous nous refusons à faire un pas de plus dans le sens de la négation des "réalités" cantonales et communales – vues "d'en haut". Que cela puisse être un problème pour le parti socialiste ou pour le mouvement ouvrier que de "rallier les différents groupes et les fédérations cantonales à une organisation ouvrière embrassant toute la Suisse...", soit! Cela tend donc à prouver – au plan de l'analyse – que les ouvriers construisent au moins autant (si ce n'est plus?) leur réalité quotidienne autour "des petites et infimes questions de politique cantonale" qu'ils ne le font à partir d'un projet unitaire d'action et de doctrine sur le plan national.

C'est à dessein que nous avons choisi de critiquer la position que les auteurs

adoptent à l'égard du "fait fédéraliste", car elle renvoie à une *question épistémologique centrale* à laquelle ils font eux-mêmes allusion dans ce sous-chapitre : la distance, le décalage, voire le fossé qui existe la plupart du temps entre *les mots et les choses*, entre *le discours et la pratique*. Or, en ce qui concerne la question du fédéralisme – la remarque a d'ailleurs une validité très générale – il nous paraît plus pertinent de partir en quelque sorte d'une position de non-savoir et d'analyser la manière dont les gens *construisent leur univers quotidien* (sur une base locale, régionale, cantonale, nationale ou internationale...) compte tenu de leur profession et de leur réseau de relations sociales (base matérielle et culturelle d'analyse). On comprendrait sans doute mieux, le cas échéant, pourquoi "le cloisonnement cantonal et communal constitue toujours un handicap très important pour le mouvement de libération de la femme" ou les raisons pour lesquelles le parti socialiste "a choisi de s'adapter avec souplesse au localisme pour assurer sa crédibilité... au prix de l'unité de son action et de sa doctrine, au prix de sa mutilation politique" (p. 143). Et peut-être faudrait-il aussi s'interroger – sur un plan militant cette fois – sur l'efficacité d'un discours militant qui ferait abstraction des *rapports de force locaux ou régionnaux* qui influent au premier chef sur les représentations et les actions des militants? d'un discours qui ferait abstraction aussi des "handicaps" que les auteurs attribuent aux membres des classes populaires : "c'est l'absence de confiance en eux, le manque de connaissances, l'état de dépendance dans lequel se trouvent les membres des couches défavorisées qui les empêchent de prendre des responsabilités"? Alors...

Pour résumer la position de C. et F. Masnata-Rubattel au sujet des décisions politiques en Suisse – étant donné que nous connaissons la paix du travail, les conventions collectives, la conception "corporatiste" des relations de travail, etc. – nous citons l'une de leurs conclusions, à notre sens tout à fait pertinente et excellente : "S'il est évident que l'Etat est intervenu et intervient de plus en plus dans la vie politique, il est donc tout aussi évident qu'il le fait à des fins de conservation du système économique. Mais si, à la différence d'autres pays, il intervient moins, c'est que *les forces privées* ont traditionnellement pu, principalement du fait du consensus, organiser et dominer elles-mêmes la vie sociale, politique et économique. C'est donc bien *la société civile*, et non la structure étatique, qui constitue en Suisse le lieu privilégié du politique" (p. 248, c'est nous qui soulignons).

Que *le lieu privilégié du politique* soit en Suisse la société civile, que d'autre part "l'absence d'opposition, la structure de type corporatiste ait (a) permis la domination de la droite sur la société civile" nous amène dès lors à souhaiter changer les représentations dominantes qui confortent cet ordre des choses : pour cela, il faut en particulier que les sciences sociales "trouvent la possibilité d'accomplir leur tâche de clarification" (R. Levy). Il reste évidemment beaucoup à faire, mais la situation de la recherche portant sur le "bonheur suisse" change depuis quelques années. Et on peut souhaiter que des synthèses partielles soient faites par les sociologues et les politologues à partir des connaissances accumulées sur les "réalités" suisses et qu'elles soient largement diffusées dans "le grand public". Sur ce plan, le livre "des Masnata" (comme précédemment celui de J. Ziegler "Une Suisse au-dessus de tout soupçon") a indéniablement atteint son but : best-seller en Suisse romande, il contribue à susciter des réflexions, des débats et des prises de position au sein d'une fraction importante de l'opinion publique. Pour reprendre une formule consacrée, nous dirons que cet ouvrage classique comble une lacune[2]. Clas-

[2] Classique dans les deux sens suivants : (1) très documenté, fondé sur l'analyse secondaire de multiples études d'historiens, de politologues, de sociologues, etc.; (2) les analyses portent essentiellement sur des institutions et des organisations centrales de la société

sique parce que les auteurs fixent en priorité leur regard sur *les pouvoirs et les contre-pouvoirs les plus institutionnalisés*. On comprend dès lors que face à ce décor constitué essentiellement par des structures hiérarchiques et bureaucratisées, ils parviennent à cette conclusion : "La Suisse est une société élitaire à base corporative en marche vers le totalitarisme".

Bien sûr, nous voulons croire qu'ils ont tort et que la crise récente "de la conscience collective helvétique" (U. Windisch) ait pour effet, non pas de renforcer le système de séduction démocratique et de répression suave, mais qu'elle suscite au contraire des *mouvements sociaux de libération* – il est vrai plus informels, plus marginaux, plus éphémères aussi que les organisations de lutte traditionnelles – qui, face au *nucléaire*, face à la *gestion technocratique de la société*, face à la *culture dominante des mâles* (virile, compétitive et militariste) ouvrent la voie à la production d'une société différente – qui se ferait en dehors ou au-delà des pouvoirs établis. Car, comme le dit A. Touraine, "ce qui est en jeu, ce sont tout simplement les *formes modernes* de la démocratie".

suisse au sujet desquelles il existe la plupart du temps un "corpus" de connaissances socialement et institutionnellement construit. Les règles du jeu de l'analyse (bien que celle-ci soit dialectique et oppositionnelle) restent donc classiques.

Image des autres, image de soi? Comment les Suisses voient le Tiers-Monde – Gilbert Rist

Les conceptions du développement vues à travers les documents des organisations de coopération
Préface de Roy Preiswerk, Editions Georgi, Saint-Saphorin, 1978.
Collection Etudes de Développement, publiée sous les auspices de l'Institut Universitaire d'Etudes du Développement, Genève, 421 p., Fr. 45.–

Pierre Dominicé, Faculté de psychologie et des sciences de l'éducation, Université de Genève

1. La Suisse est l'objet, depuis quelques années, d'une littérature critique. Les sciences humaines jouent, à cet égard, un rôle important. Elles fournissent les instruments théoriques et méthodologiques qui permettent l'analyse de phénomènes sociaux, de mécanismes politiques et d'enjeux économiques propres au contexte helvétique. Consacrée à l'image du Tiers-Monde qui se dégage des documents publiés par les organisations privées suisses de coopération au développement, la thèse de Gilbert Rist s'inscrit dans ce courant critique de la production intellectuelle centrée sur la réalité suisse. Elle s'attaque à l'idéologie dominante qui façonne la conception que les Suisses se font des rapports que leur pays entretient avec le Tiers-Monde. Elle s'en prend à l'ethnocentrisme occidental, ici à "l'helvétocentrisme", qui imprègne le regard que la population de ce pays porte sur la coopération avec le Tiers-Monde et détermine sa compréhension même de l'idée de développement. A travers l'image du Tiers-Monde, c'est donc une mentalité qui se dévoile, un système de valeurs qui apparaît, une attitude politique qui se révèle. "Vision de l'autre ou reflet de soi? Telle est la question", écrit l'auteur dans son avant-propos.

Défendue à l'Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales, cette thèse est plus qu'une réflexion de science politique. Les interrogations épistémologiques qu'elle contient l'entraînent vers une démarche de sociologie de la connaissance axée sur l'examen d'un discours interculturel, de ses modes de production et de ses effets. Gilbert Rist, en soulignant l'importance quantitative des organisations privées de coopération, en Suisse, explique que ce sont elles qui exercent une influence prépondérante dans la formation de l'opinion publique à l'égard du Tiers-Monde.

L'analyse des documents publiés par ces organisations va donc lui permettre de présenter les lignes de force de l'image publique du Tiers-Monde qui retentit le plus fortement sur la représentation, et par conséquent, sur les processus de connaissance, du Tiers-Monde dans la population suisse.

2. Parmi la multitude d'organisations d'aide au Tiers-Monde, G. Rist opère un tri. Il en retient cinq qu'il considère comme "les principales créatrices de l'image du Tiers-Monde en Suisse" : EPER, Action de Carême, Helvetas, Swisscontact et Swissaid. Travaillant sur l'ensemble des documents produits par ces cinq organisations au cours de trois années qu'il considère comme particulièrement significatives, 1960, 1967 et 1974, il se livre à une analyse de leur contenu à l'aide d'une grille générale construite selon une série de catégories "croisées" avec les grands thèmes abordés. Cette grille fournit la structure d'ensemble de l'ouvrage, les divers chapitres constituant en fait une explicitation de ces catégories de l'image et des différents thèmes qui leur correspondent. Citons à titre d'exemple des catégories retenues : humanisme et christianisme, helvétocentrisme, apolitisme pacifique, et des thèmes traités : conception du développement, les coopérants suisses, les sociétés du Tiers-Monde.

Cette architecture de l'ouvrage relève d'une méthode composite d'analyse de contenu, que l'auteur qualifie "d'empirisme secondaire", c'est-à-dire d'une lecture qui prend appui sur des données systématiquement organisées, mais s'accorde la liberté conceptuelle de l'interprétation. Sa technique de recherche l'amène ainsi à retenir des documents ce qui rend compte des catégories et des thèmes qui en découlent et que lui-même a retenu en fonction d'un choix d'interprétation inspiré de "la théorie de la dépendance". La grille d'interprétation aboutit, comme l'écrit G. Rist, "à rompre l'évidence première du discours et de la réorganiser à partir d'une perspective différente" (p. 91).

3. La deuxième partie de l'ouvrage, intitulée "l'image du Tiers-Monde" apporte, de façon très détaillée, les données, structurées par la grille, autour desquelles s'organise l'interprétation. La plupart des problèmes centraux liés au rapport entre pays sous-développés et société industrielle sont évoqués. Une large place est faite aux questions-clés qui concernent la problématique du développement et à leurs sources de référence. Les motivations de l'aide, l'argumentation en faveur du développement et ses présupposés politiques, l'évolution des pratiques de coopération depuis "l'aide individualisée jusqu'à l'utopie politique", tout est passé au crible d'une analyse minutieuse qui n'épargne aucune des stratégies employées et dénonce aussi bien le volontarisme, que l'ethnocentrisme ou la bonne conscience. G. Rist reconnaît "qu'il existe dans les organisations de coopération une tendance à privilégier, comme partenaires, les groupes qui, dans le Tiers-Monde, appartiennent aux mêmes milieux sociaux ou qui ont en commun le même type de projet de société" (p. 222).

Les documents retenus mettent bien en lumière les stéréotypes de l'image donnée "des hommes qui vivent dans le Tiers-Monde". Réciproquement les valeurs helvétiques, incarnées souvent par les "coopérants" servent de normes pour juger des situations et évaluer des pratiques. G. Rist parle ainsi d'une anthropologie inhérente à l'image du Tiers-Monde. Celle-ci s'inscrit dans une sorte de "cosmologie sociale" qui revendique un "prétendu universel". Les divers discours qui, de façon plus ou moins explicite, tendent à esquiver la réalité politique du sous-développement, semblent, toutefois, d'après l'auteur, progressivement se modifier dans les textes datant de 1974. Ceci tient en particulier, pour G. Rist, au fait "qu'en affinant sa connaissance du monde *sous-développé*, l'Occident industriel se découvre aujourd'hui comme maldéveloppé" (p. 396). Il y a donc un changement possible de l'image, et si celle-ci a, comme l'indique G. Rist, "un rôle fonctionnel par rapport à la pratique", il est vraisemblable que "la conscience actuelle d'un maldéveloppement généralisé" entraîne une autre pratique de coopération.

4. Très bien documenté, admirablement structuré, remarquablement écrit, cet ouvrage est fortement marqué par sa destination académique. L'auteur ne saurait en être blamé puisqu'il s'agit d'une thèse. En conséquent, le thème traité donne lieu à une démonstration convaincante, même si la démarche suivie est parfois très lente, le développement des catégories entraînant de longs détours dûs à la multitude de thèmes abordés et au fait que chacun d'eux représente un des clefs d'analyse des relations entre l'Occident et le Tiers-Monde. Bien qu'il se centre sur l'image que les Suisses se font du Tiers-Monde et l'utilise comme analyseur de leur mentalité, G. Rist évoque néanmoins, dans son texte, tant d'aspects liés à la problématique du développement qu'il en résulte une sorte d'éclatement de l'objet de sa réflexion.

Dans sa conclusion, G. Rist se réjouit de voir émerger une analyse plus politique des problèmes que pose la coopération avec le Tiers-Monde. Tout en accordant une place privilégiées à l'idée de "self-reliance", il ne cherche pas, à juste titre, à apporter des solutions au dossier critique qu'il plaide avec vigueur. Très subtilement, et dans la logique de son argumentation, il renvoie l'Occident à sa crise d'identité et la Suisse à son propre "maldéveloppement".

5. Dans une première partie, G. Rist prend la peine d'exposer sa méthode et de la rapporter à l'objet qu'il veut cerner. Il indique, dans une annexe méthodologique, sa technique de recherche. Le procédé, très minutieux, d'analyse de contenu qu'il effectue, apparaît très clairement comme support de son argumentation. Les interprétations, parfois un peu fortes, des extraits de textes qu'il retient, la coloration polémique de certaines de ses démonstrations, la sévérité de certains de ses propos, lorsque, par exemple, les coopérants sont tenus pour "véritables héros du développement" ou pour "admirables experts", tiennent certainement aux particularités de son tempérament et non à des défectuosités méthodologiques.

L'hypothèse selon laquelle le discours des organisations privées de coopération forge l'opinion publique suisse à l'égard du Tiers-Monde aurait, peut-être, mérité des données empiriques, ou, au minimum, quelques sondages pour être davantage soutenue Par ailleurs, la volonté de prendre les textes comme un tout semble annuler les facteurs propres à leur élaboration ou, en tous les cas, ne met pas en évidence les rapports de pouvoir qui se jouent derrière leur rédaction. Qui écrit n'est pas étranger à ce qui est écrit. Enfin il était, certes, nécessaire de ne retenir que les documents publiés au cours de trois années, mais cette restriction infirme la lecture diachronique, pourtant recherchée, qui n'est pas nettement restituée. Une comparaison plus affirmée entre les productions des cinq organisations aurait, sans doute, pu compenser cette lacune.

6. Il est rare de voir un auteur, qui défend une thèse en science politique, se pencher avec autant d'attention sur la psychologie cognitive. La part consacrée, à propos de l'image, aux travaux de J. Piaget et B. Inhelder, tient évidemment à ses préoccupations épistémologiques. Le Tiers-Monde est, cependant, un objet de connaissance traversé d'investissements affectifs et d'influences culturelles. Il paraît, ainsi, difficilement se prêter à une application du concept piagétien de décentration. Ne conviendrait-il pas plutôt de faire porter la réflexion épistémologique sur les procédures de compréhension du sujet face au Tiers-Monde ou sur les registres de fonctionnement propres à son système de représentation. Il importerait, alors, s'il s'agit véritablement de dire "comment les Suisses voient le Tiers-Monde", de lier le discours des organisations de coopération à la façon dont il est effectivement intériorisé par la population suisse. Nous retrouvons, ici, ce que nous disions précédemment au sujet des données empiriques.

Le mérite de G. Rist est d'avoir très clairement défendu sa position dans ce débat épistémologique, en nous fournissant, par la richesse de son étude, les instruments de réflexion nécessaires à un renouveau politique des pratiques de coopération.

Main basse sur l'Afrique – Jean Ziegler

Collection "Combats", Ed. du Seuil, Paris, 1978
Peter Arnold, Dépt. de sociologie, Université de Genève

Commenter un livre de Jean Ziegler pour une revue de sociologie n'est pas une chose aisée. Ce personnage non-conformiste est difficile à placer sur l'échiquier des disciplines académiques et il supporte mal d'être enserré par le corset de canons scientifiques. "Main basse sur l'Afrique"[1] illustre bien ce propos. Livre composite aux multiples alluvions, il relève autant du pamphlet politique, du "cri dans le désert" d'un moraliste à la recherche d'une humanité plus juste, que de l'analyse sociologique proprement dite.

"Main basse sur l'Afrique" est d'abord et avant tout un *livre-combat*, un discours politique. L'auteur y revendique "le droit de parler au nom des dominés" (p. 266) du Tiers Monde, opprimés et exploités par l'impérialisme, spécialement des peuples du continent africain. Pour lui, la majorité des dirigeants des jeunes Etats africains ne sont pas les avocats de leurs peuples, mais des alliés des puissances néo-colonialistes. Lors de ses nombreux séjours en terre africaine et parmi les descendants des esclaves noirs au Brésil, Ziegler fut le témoin occulaire de la misère et des souffrances, mais aussi de la force de résistance de ces "peuples de la nuit" sans voix propre sur la scène internationale. S'acquittant d'une vieille dette de reconnaissance, c'est à leur service qu'il se met, tout en soumettant sa position partisane à l'analyse critique :

"J'ai été façonné, porté, guidé par les promesses des luttes de libération anticoloniales. Je dois aujourd'hui procéder à un réexamen" (p. 9).

Depuis les récents éclats politiques dont la personne de l'auteur fut le centre, la tendance s'est répandue de lire à la loupe ses nombreux écrits pour y déceler la date erronée, le chiffre faux, la citation maltraitée, bref, les erreurs de ce gabarit dont ses textes sont malheureusement trop souvent parsemés. Je ne me livrerai pas à ce jeu de société aux intentions mal dissimulées : ébranler sur le détail la confiance du lecteur pour détourner son attention des problèmes de fond. De par son enjeu, le sujet mérite un examen plus attentif.

Le programme du livre est ambitieux : élaborer une typologie des sociétés politiques dominant la scène de l'Afrique contemporaine, analyser leur teneur en "nationalisme" et montrer leur lien avec l'étape la plus récente franchie par le capitalisme mondial. Cette thématique parcourt l'ouvrage de bout en bout, mais sans toujours apparaître très clairement. Ziegler, orateur expérimenté, a raison de penser que l'efficacité du discours politique dépend moins de la rigueur logique de son développement que de sa capacité à frapper l'imagination du public. Son style d'écrivain rappelle celui de l'orateur. Il y déploie toute la verve de son talent de narrateur. Son livre grouille de récits saisissants, d'anecdotes, de paraphrases, où éclate le plaisir de raconter, mais où l'on a souvent de la peine à repérer la trame de la démonstration. Cela nous vaut quelques chapitres captivants, notamment quand il évoque les atrocités de la traite des esclaves et l'admirable vitalité de la résistance culturelle et parfois armée de ces hommes noirs déracinés, transplantés au Brésil (pp. 78-85), quand il trace le portrait des grandes figures de ralliement du mouvement anti-colonialiste que furent Kwame N'Krumah, Patrice Lumumba et Gamal Abdel Nasser (pp. 76-147), ou encore quand il décrit les pérégrinations de ce qu'il appelle la "protonation" katangaise (pp. 232-258).

[1] Titre-hommage à Mongo Béti (*Main basse sur le Caméroun*, Paris, Maspéro, 1972), écrivain camérounais de renommée internationale et critique virulent du président Ahidjo ?

Mais revenons au projet sociologique du livre. La définition du stade actuel de l'impérialisme[2] est assez classique. Il se caractérise par

"(...) la décrépitude de l'Etat national du centre et le surgissement du nouveau sujet de l'agression impérialiste : la société trans- et multinationale industrielle et bancaire" (p. 28).

Sa méthode d'intervention dans le Tiers Monde, les pays de la périphérie capitaliste, a changé. Il ne règne plus par domination politique directe, mais par le truchement de l'économie : les termes de l'échange, l'exploitation directe des ressources naturelles et de la main-d'oeuvre, l'endettement des jeunes Etats "indépendants", les "experts" internationaux qui conseillent les gouvernements en place et participent à l'élaboration des plans de développement. Ce système ne recourt plus à une justification "humaniste", civilisatrice de sa mission, comme ce fut le cas au temps des administrateurs coloniaux. Son langage est celui de la pure rationalité économique, marchande : le "progrès" matériel, le "développement" des ressources. Culturellement, c'est "l'impérialisme du vide"[3], où coca cola, blue jeans, tubes du dernier "hit-parade" et autres symboles de la "culture de masse" réunissent dans une même communauté de consommateurs les peuples et les races du monde entier. Ziegler a raison de penser que la sociologie d'inspiration marxiste s'est longtemps désintéressée de la "production des biens symboliques" (p. 26), du domaine de la conscience collective et de l'imaginaire, ainsi que de l'enjeu que sa domination représente pour l'expansion impérialiste. Les cultures autochtones ancestrales ne connaissent pas les besoins illimités, les consommateurs dociles et malléables que suppose la production marchande. Leur destruction est donc une nécessité autant économique que politique. Malheureusement, l'auteur ne fait qu'ouvrir une piste de réflexion sans la poursuivre[4].

L'accumulation à l'échelle mondiale, le pillage des uns au profit des autres, s'appuient sur une organisation planétaire de la rareté (bien relative) des ressources. La famine, une mortalité infantile élevée, la prostitution, les bidonvilles, la délinquence, la misère brute, voilà quelques fléaux de cet "empire de la rareté" en qui l'impérialisme a réussi à transformer la plupart des pays africains. Cette même Afrique est un continent au potentiel des plus riches, ne serait-ce que par ses minerais stratégiques (par ex. uranium, cuivre) et précieux (par ex. or, diamants), exploités

[2] Ziegler refuse de parler d'un impérialisme soviétique, malgré l'invasion de la Tchécoslovaquie (1958), malgré sa "politique planétaire" (p. 13), les "effroyables crimes contre la libération, l'autodétermination d'hommes noirs" (p. 14) qu'il commet en Erythrée et en Guinée équatoriale et le fait que "les relations que l'Union soviétique impose aux pays du Tiers Monde sont généralement plus favorables à ces derniers que les rapports économiques et termes d'échange que leur imposent les sociétés multinationales et les Etats capitalistes" (p. 12), mais nullement d'égal à égal. Mettre sur un même pied l'impérialisme capitaliste et le "social-impérialisme" soviétique "signifierait niveler une problématique complexe, paralyser notre propre raison analytique et nous condamner à ne rien comprendre à la question infiniment compliquée des interventions étrangères en Afrique" (p. 14). Soit, mais cette raison analytique me paraît déjà bien paralysée. La profession de foi ne remplace pas la nécessité de démontrer la nature socialiste de l'Union soviétique actuelle, entreprise pour le moins malaisée. Et que penser de l'assertion que la présence cubaine, surtout en Angola et en Ethiopie, procéderait de l'héritage culturel et historique qui lie Cuba à l'Afrique (présence d'une forte couche de descendants d'esclaves noirs), sans souffler mot de la dépendance économique et politique du régime de Fidel Castro vis-à-vis de l'Union Soviétique et de ses satellites, dépendance maintenue par la structure du commerce extérieur et l'endettement financier?

[3] Le terme est d'A. Piettre.

[4] Je doute d'ailleurs que ses maîtres à penser (Sartre, Horkheimer, Adorno, Bloch, Lukàcs, Bourdieu) auraient été des guides efficaces dans cette entreprise.

par les sociétés multinationales. Comment cette situation peut-elle se maintenir, malgré la décolonisation, pourquoi n'est-elle pas brisée par une résistance nationaliste qui aurait bien des raisons d'exister?

Pour Ziegler, la lutte pour l'indépendance nationale réelle, cette "seconde indépendance" chère à Salvador Allende, est aujourd'hui le ferment unificateur principal des classes exploitées pour briser le joug de l'impérialisme en Afrique. L'idéologie de ralliement est nécessairement "nationaliste", mais dans un sens très précis, à l'opposé du chauvinisme et de la politique de clocher. C'est un nationalisme comme celui qui, dans le sillage de la Révolution Française de 1789, brisa le carcan de la "grande nation" (Robespierre), la transformant en "nation duelle" (Jean Chesneaux) pour répandre dans l'Europe entière les conquêtes des classes révolutionnaires françaises (la liberté, la fraternité et l'égalité bourgeoises[5]) et porter un coup décisif au pouvoir féodal. Ce nationalisme dénonce les pouvoirs établis et leur système au nom de "valeurs universelles" qui ne sont rien d'autre que la transcription des aspirations concrètes des classes jusqu'alors opprimées.

En Afrique, ce nationalisme progressiste et unificateur existe, quoique sous forme embryonnaire. Sa tâche historique lui fut assignée par les mouvements et les hommes les plus perspicaces. Il doit rompre avec l'héritage culturel colonial, renouer avec la communauté historique précoloniale (Nasser) et les cultures ancestrales qu'il doit réactualiser, en rejettant les éléments rétrogrades et en réinterprétant d'autres à la lumière des conditions nouvelles (Amilcar Cabral[6]). Là où l'Etat unitaire n'existe pas encore – ce qui est généralement le cas[7] – il doit transcender le cloisonnement des communautés ethniques traditionnelles pour les intégrer dans un ensemble plus vaste (Patrice Lumumba). Il doit jeter les bases de son propre dépassement, l'internationalisme et le panafricanisme, car le morcellement de l'Afrique en une multitude de micro-Etats rend illusoire toute stratégie d'indépendance réelle (Kwame N'Krumah).

Mais sa mission historique la plus noble est de combattre le racisme, cette idéologie détestable[8] qui fait croire à la différence ontologique des races. Aucune race n'a jamais été aussi opprimée, foulée avec les pieds, déshumanisée que la race noire. C'est en Afrique du Sud que le racisme fut porté à son apogée : l'apartheid, pudiquement appelé "développement séparé", hiérarchise les êtres humains en fonction de leur appartenance raciale. Pour cette raison, la lutte des mouvements de libération azaniens[9] possède une portée continentale, voire mondiale. C'est sans doute pourquoi Ziegler y voit une "nation duelle" en gestation, comparable à la "grande nation" de la Révolution Française.

Mais parmi les types de sociétés politiques de l'Afrique contemporaine, la *nation* est peu représentée. D'après Ziegler, elle passe presque obligatoirement par le baptême du feu de la lutte armée. Mais les puissances impérialistes veillent à étouffer toute velléité réellement nationaliste. Parfois, les richesses convoitées ou l'opposition populaire sont telles que seul le recours à l'intervention directe à peine

[5] Passer sous silence la connotation bourgeoise des "valeurs universelles" prônées par la Révolution Française invite à les hypostasier. Ziegler me paraît souvent succomber à cette tentation.

[6] Leader du mouvement qui conquit l'indépendance de la Guinée-Bissao et des îles du Cap-Vert (PAIGC), assassiné en 1973.

[7] La structure de l'Etat, généralement héritée de l'entité hétérogène que fut le Territoire colonial, préexiste donc souvent à la nation.

[8] Ziegler en fait même le mal universel au sens de Hegel (das konkret universelle Uebel), sans s'expliquer plus précisément là-dessus.

[9] Azanie est le nom africain adopté pour l'Afrique du Sud.

camouflée peut garantir la survie du système. On met en place des *appareils de contrainte* gérés par des mercenaires nationaux qui

"(...) gouvernent par l'extermination physique des opposants, par l'assassinat, la torture et la disparition (...) L'appareil de contrainte abolit toute forme de négociation salariale, politique, symbolique entre classes antagonistes. Il étouffe même les contradictions inhérentes aux différents segments concurrentiels de la classe dirigeante traditionnelle" (pp. 30s).

C'est le gouvernement Pinochet au Chili, Videla en Argentine et – seul exemple en Afrique – le régime de Mobutu au Zaïre.

La société politique de loin la plus répandue en Afrique est la *protonation*[10] :

"J'appelle *protonation* (du grec *protos* : "primitif", "rudimentaire") la formation sociale qui gouverne aujourd'hui les trois quarts du continent. La protonation ne désigne pas une nation en formation – encore qu'elle produise pour ses membres les symboles élémentaires d'un sentiment national –, ni une nation achevée qui se serait pervertie. Elle ne désigne pas non plus une pseudo-nation, mais une sociabilité rudimentaire, limitée dans sa construction, asservie aux seuls besoins de ceux qui l'organisent de l'extérieur. Elle est avant tout une création de l'impérialisme. Elle n'exprime qu'une souveraineté fictive, la totale dépendance de l'économie du pays à l'égard du centre" (p. 9).

Elle est née du "transfert aux autochtones des passe-droits hérités de la période coloniale" (Frantz Fanon) et continue, sous une forme juridique différente, le pacte colonial. Les nouvelles élites gouvernementales en place, généralement de type "moderniste" né sous l'influence de l'école coloniale, n'ont aucune autonomie : la plupart des Etats que ces hommes gouvernent sont si pauvres qu'ils vivent à crédit ou simplement des miettes qu'on leur distribue (coopération technique et financière). Généralement inféodés à l'ancienne puissance coloniale – ne serait-ce que par leur éducation française, anglaise, belge, portugaise – ils sont cependant enclins à prêter une oreille bienveillante à qui veut bien renflouer les caisses de l'Etat, dans lesquelles ils puisent abondamment pour mener un style de vie conforme à leurs désirs. C'est d'ailleurs leur seule source de revenu. Ils vivent par procuration[11].

Sans nul doute, ce livre contient beaucoup d'idées justes et originales qui vont nourrir des débats passionnés. Mais ce débat sera contradictoire, ne serait-ce que parce que certains éléments ternissent la pertinance de l'analyse. En voici un exemple :

Ziegler est particulièrement évasif quand il parle de la bourgeoisie qui gouverne en Afrique. Par ce genre de contradictions dont il a le secret, il nous laisse dans le vague sur ce point crucial :

"Dans la plupart des Etats décolonisés règne la dictature de militaires ou des bourgeoisies compradores (...) J'appelle *protonation* (...) la formation sociale qui gouverne aujourd'hui les trois quarts du continent (p. 9) (...) Une question se pose : Quelle est la nouvelle classe dirigeante de la protonation ? La bourgeoisie nationale ? Elle n'existe pratiquement pas en Afrique noire. La bourgeoisie compradore ? Elle tend à disparaître. (...) Une *bourgeoisie d'Etat* naît. C'est elle la véritable classe dirigeante de la protonation (p. 230)".

Bourgeoisie "compradore", bourgeoisie d'Etat ? Cette hésitation renvoie à une faiblesse majeure de l'ouvrage. Sans analyse de classe, il suggère l'homogénéité de toutes les fractions de la bourgeoisie et petite bourgeoisie africaines et les dépouille de tout intérêt propre. Apparaissent alors confondus dans un même "melting-pot"

[10] Le choix du préfixe ne me semble pas des plus heureux, parce qu'il évoque justement ce qu'il ne devrait pas évoquer : une nation-"anti-chambre", prête à se muer à l'occasion en nation tout court.

[11] L'exemple de la protonation katangaise (pp. 232-258) montre les allégeances politiques, parfois "contre nature", que cette élite est prête à contracter suivant l'évolution de la situation. Ne voit-on pas les gendarmes katangais combattre, en 1975, aux côtés du MPLA angolais qu'ils avaient auparavent contribué à harceler pendant de nombreuses années en collaboration avec l'armée portugaise.

les intellectuels, militaires, planteurs, commerçants, rentiers, industriels, petits et grands, qui ne tiennent peut-être pas les rênes du pouvoir et assistent alors impuissants au pillage dont ils sont victimes par le jeu de la concurrence internationale et avec la connivence de bureaucrates autochtones qui se gavent des prébendes de l'appareil d'Etat pour se muer à leur tour en capitalistes privés. On ne saurait sous-estimer la pression politique de ces couches sociales dont la nature bourgeoise ne fait pas de doute, dans des pays comme le Sénégal, la Côte d'Ivoire, le Nigéria, la Zambie, pour ne citer que ces exemples. Par ailleurs, comment expliquer l'attitude de pays comme le Bénin, le Congo-Brazzaville ou la Tanzanie qui, sans avoir connu une guerre d'indépendance, adoptent une position ferme face aux pays industrialisés?